

Die Sozialwoche

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 złoty für die abgeleitete Zeile, außerhalb 0,14 złoty. Anzeigen unter Text 0,50 złoty, außerhalb 0,60 złoty. Bei Wiederholungen zehnprozentige Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Aboption: Vierzehntägig vom 16. bis 31. 10. cr. 1,65 zł. durch die Post bezogen monatlich 4,00 zł. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Katowic, Beatestraße 29, durch die Filiale Königsblütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteurie.

Redaktion und Geschäftsstelle: Katowic, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto: P. K. D., Filiale Katowic, 300174. — Fernsprech-Ausflüsse: Geschäftsstelle Katowic: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Sejm und Senat aufgelöst

Die Regierung schließt die außerordentliche Sejm- und Senatsession — Auflösung der Parlamente im November wahrscheinlich — Bewilligung des Budgets auf Grund der außerordentlichen Vollmachten

Warschau. Die Regierung hat im Laufe des Mittwochs, nachmittags, zu Händen des Sejms und Senatsmarschalls zwei Dekrete überreicht, in welchen mitgeteilt wird, daß mit dem 19. Oktober die außerordentlichen Sessonen beider Parlamente als geschlossen seien. Bekanntlich haben die politischen Parteien die außerordentliche Sessionstagung erzwungen, der Sejm wurde nach einer Sitzung geschlossen, der Senat konnte gar nicht erst zusammentreten. Nun haben die Parteien wiederum die Oktobertagung gefordert und erhalten jetzt als Antwort die Auslösungsbefreiung des Regierung. Nach der Verfassung sollte zur Budgetberatung der Sejm im Oktober zu einer ordentlichen Tagung zusammenentreten. Dies ist jetzt durch die Auflösung unterbunden.

In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß der neue Schritt nichts anderes bedeutet, als daß die Regierung der Bud-

getheratung aus dem Wege gehen will und diese dann durch die außerordentlichen Dekrete zu erledigen beabsichtigt. Die außerordentlichen Vollmachten aber besagen, daß sich die Regierung erst nach dem Budget bewilligen darf, wenn der Sejm und Senat beraten haben und keine Einigung erzielt worden ist. Da die Kadenzzeit aber im November, und zwar am 28., abläuft, das Budgetjahr aber bis zum 31. März dauert, so liegt es frei in der Hand der Regierung, wie sie den Sejm umgehen will. Die Auflösung der außerordentlichen Session braucht noch kein Ende der Parlamente bedeuten, wenn auch schließlich angenommen werden darf, daß die Regierung nochmals Senat und Sejm zusammenruft. Es ist eine kritische Situation entstanden, die die Parteien zur Entscheidung zwingt. Allerdings herrscht bei den Sejmklubs eine solche Konsternation, die deutlich beweist, daß man aus dieser Krise keinen Ausweg sieht.

Berater oder Diktator?

Die polnische Anleihe ist bald nach der Auslegung auf der Auslandsbörsen stark überzeichnet worden. Wieder ein Grund mehr für die Anhänger des gegenwärtigen Systems, um auf das „Vertrauen“ hinzuweisen, welches die Regierung Piłsudski genießt. Wenn man die Dinge so darstellt und sich einfach auf ein Vertrauen stützt, welches nach Ansicht selbst einiger Anhänger Piłsudskis ziemlich umstritten ist, so ist dies höchst einfach, bedarf keiner kritischen Würdigung. Mit Ausnahme der Rechtsopposition sind sich alle Wirtschaftsführer Polens darüber einig, daß die Anleihe eine Notwendigkeit war. Etwas anderes ist es schon, nachzuprüfen, ob die Bedingungen so hart sein mußten, wie sie Polen auferlegt wurden. Darum geht jetzt der Streit und bei näherer Nachprüfung dieser Bedingungen ergibt sich, daß die Regierungshänger absolut feinen Grund haben, über das Vertrauen des Auslands zu sprechen, denn in Wirklichkeit ist die Einsetzung eines ausländischen Beraters als Chef der Bank Polski die Einsetzung eines unbeschränkten Finanzdiktators, der obendrein noch Ausländer ist und wenn zwischen ihm und der Regierung über die Verwendung der Anleihe keine Einigkeit erzielt wird, soll wiederum zum Gutekunst ein weiterer Ausländer angerufen werden, der den Streit schlichtet. Mit diesen Bedingungen hat sich die gegenwärtige Regierung eines Teils ihres souveränen Rechts über die polnische Staatslichkeit begeben und unter solchen Voraussetzungen kann man schwerlich davon reden, daß die Anleihe ein Vertrauensvotum für den heutigen Kurs in Polen ist.

Wir haben nicht die Absicht, eine scharfe Kritik an diese Bedingungen zu knüpfen, denn jedem Einsteigen ist es klar, daß, wer Anleihen nimmt, sich auch Verpflichtungen auferlegen lassen muß, die ihm in seiner Finanzfreiheit beschränken. Darum sollten aber auch die Regierungshänger etwas vorsichtiger sein und nicht in Lobsudeien ausbrechen, die gerade mit Rücksicht auf die Bedingungen gar nicht am Platze sind. Dem polnischen Staatsbürger kann es aber nicht gleichgültig sein, welche Rechte Ausländern in Polen gewährt werden, zumal wir ja wissen, wie unsere „Hundertprozentigen“ über ausländischen Einfluß denken. Gewiß ist das Kapital international, aber in keinem Staat hat man so wie in Polen Macht in einem einzelnen gewährt, der zufällig der Repräsentant einer ganzen Reihe von Banken ist, dann zugleich auch Treuhänder, der polnischen Banken gegenüber der Regierung und hierin sehen wir gewisse Gefahren für die Zukunft. Es mag ja sein, daß sich die gegenwärtigen Machthaber mit diesen Bedingungen abfinden und daß man ihnen seitens des „Beraters“ keine Schwierigkeiten bereiten wird. Aber der heutige Kurs ist nicht ewig, die Regierung gleichfalls nicht und kommen neue Kabinette, so ist es durchaus möglich, daß sich zwischen ihnen und dem Berater Konflikte ergeben, die den ganzen Staatsapparat lähmeln können. Das ist es, worfür wir uns nicht begeistern können und die auch den Lobreditoren des heutigen Kurses zu denken geben sollten. Sie sind es ja, die bei jeder Gelegenheit eine scharfe Kritik anlegen, wenn es sich um Einflüsse aus dem Auslande handelt und hier müssen sie sehen, daß mit der Anleihe gleichzeitig auch ein Finanzdiktator kommt, gegen den sich alle früheren Regierungen gewendet haben und aus diesem Grunde auch auf die Anleihen verzichten müssen.

Der ausländische Berater als solcher ist ja an sich noch keine so bedeutende Persönlichkeit, auch andere Staaten haben sich solche Berater gesellen lassen müssen. Aber jeder wird zugeben müssen, daß noch kein Land sich selbstständig so vieler Rechte begeben hat, die Bedingungen für keinen anderen Staat so harte sind, wie sie jetzt Polen auferlegt bekommen. Nicht von der Person des Finanzberaters soll also hier die Rede sein, sondern von den Rechten, die ihm eingeräumt wurden. Und mit dieser Rechtseinräumung sind auch verschiedene Gesetzesänderungen verbunden, von denen wir erst durch die Veröffentlichung des Dekretes über die Anleihe durch den Staatspräsidenten erfahren. Zunächst darf die Regierung nichts unternehmen, bevor sie den Berater in finanziellen Dingen nicht gehörte. Es heißt da ausdrücklich, „jede Verfügung über die Summen in der Bank Polski wird die Ermächtigung über Gegenzeichnung durch den Berater erfordern“. Und da ja alle Gelder also Einnahmen aus der Anleihe in die Bank Polski fließen, so ist der Informator beziehungsweise der ausländische Berater Herr über alle Finanzen Polens. Denn so heißt es an einer anderen Stelle, wenn über die Verwendung zwischen Regierung und Berater keine Einigung erzielt wird, soll ein Schiedsgericht eingesetzt werden,

Die litauische Beschwerdenote

Schwarze Anklagen gegen Polen — Litauen fordert Nachprüfung der Lage der Minderheiten im Vilnusgebiet — Chanowskische Heze in Kowno

Genf. Das Völkerbundsekretariat veröffentlichte Mittwoch die in Genf eingetroffene Beschwerde des litauischen Staates gegen die litauisch-polnische Vilnapolitik Polens. Die Beschwerde, die 11 Seiten und noch drei Beilagen von zusammen sechs Seiten umfaßt, geht in sehr scharfen Ausdrücken davon aus, daß die polnische Regierung bereits im Sommer mit ihrer Gewaltspolitik im Vilnusgebiet begonnen hätte. Polen habe für die polnischen Schulen in Litauen eine besondere Behandlung verlangt, so daß Litauen das Recht hätte, für die litauischen Schulen in dem umstrittenen Vilnusgebiet dasselbe zu verlangen. Im Oktober hätte die polnische Presse eine starke Propaganda gegen das litauische Schulwesen in Polen begonnen. Daraufhin seien die Lehrer- und Priesterverhauptungen und Schulperren erfolgt. Der gleiche Kampf Polens gelte den weißrussischen Minderheitsschulen. Polen begründet dies alles mit Repressionen angesichts der angeblichen Unterdrückung polnischer Schulen in Litauen. Diese Unterdrückung sei aber aus der Lust gegriffen. Repressionen seien juristisch gegen-

über eigenen Staatsbürgern nicht am Platze. Die Männer im Vilnusgebiet seien staatsrechtlich polnische Staatsangehörige. Mit seiner Souveränität habe aber Polen, daß es die Gefüle von Wilna und Grodno mit ihrer litauischen Bevölkerung als fremde und nur besetzte Gebiete ansiehe. Die litauische Beschwerdefax ist mit der Bitte, daß der Völkerbund die ungerechten Zustände im Vilnusgebiet feststellen und regeln wolle.

Kowno. In Litauen herrscht über neue Litauereiverfolgungen im Vilnusgebiet große Erregung. Die litauische Regierung beabsichtigt, allen Völkerbundmitgliedern ein ausführliches Memorandum über die Haltung der polnischen Regierung im Vilnusgebiet zugehen zu lassen.

Die aus dem Vilnusgebiet ausgetriebenen Litauer dürfen nach Litauen nicht hinein, da sie von der litauischen Regierung als polnische Staatsangehörige angesehen werden, so daß die Unglücklichen in den Grenzdörfern der Demarkationslinie bleiben müssen.

Coot darf nicht nach Warschau

London. Dem Sekretär der englischen Bergarbeitergewerkschaft, Coot, der Mittwoch nach Warschau zur Teilnahme an der Sitzung des Exekutiv-Komitees der Bergarbeiter-Internationale abreisen wollte, ist seitens der polnischen Gewerkschaft das Visum verworfen worden, während der Schatzmeister Richardson das nachgeholte Visum erhielt. Vorstellungen beim Foreign Office und beim polnischen Generalkonsulat waren ohne Erfolg. Daraufhin erklärte Coot, daß die britischen Bergarbeiter angesichts dieser Haltung der polnischen Behörden an der Warschauer Tagung überhaupt nicht teilnehmen würden.

Donnerstag wird die englische Bergarbeiter-Exekutive zusammen mit einer Delegiertenkonferenz in London zusammenkommen, um die gegenwärtige Lage im britischen Bergbau erneut zu prüfen und Vorschläge für den Abschluß eines Abkommens zu machen, monach als bereits abgelaufenen oder in Kürze außer Kraft treten Abkommen durch neue Vereinbarungen ersetzt werden. Im Bezirk Danziki besteht nach Ablauf des gegenwärtigen Abkommens keinelei Vereinbarung über die Lohnhöhe und andere wesentliche Punkte.

Der Bankbeamtenstreit in Warschau

Warschau. Der Warschauer Bankbeamtenstreit, der eine Folge der allgemeinen schlechten Beamtenbeschäftigung in Polen darstellt, beginnt immer weitere Kreise zu ziehen. Mittwoch früh traten in den meisten Warschauer Banken mit wenigen Ausnahmen die Bankbeamten in einen Proteststreit zur Unterstützung des Beamtenstreites in der Diskontobank, der noch immer unvermindert andauert. Um 10 Uhr fand eine allgemeine Versammlung der freiliegenden Beamten statt, von wo aus die Versammelten sich nach dem Ministerpräsidium begaben und dem Vizepremier Bartel eine Resolution überreicht wurde.

Um die polnischen Saisonarbeiter

Berlin. Wie wir erfahren, werden in den nächsten Tagen voraussichtlich die deutsch-polnischen Verhandlungen über die Wanderarbeiterfrage, die seit mehreren Monaten unterbrochen waren, in Berlin wieder aufgenommen werden. Es wird sich erst in diesen Verhandlungen ergeben können, wie weit man zu einer Einigung in den strittigen Fragen kommen kann. Dem Aussehen nach besteht die Möglichkeit, in absehbarer Zeit zu einem Abkommen zu gelangen.

Im Ministerium des Außenwesens wurde am Dienstag der Ausschuß der Ratifikationsurkunden über den am 12. September 1926 in Berlin unterzeichneten deutsch-polnischen Vertrag über die gegenseitige Herausgabe von Dokumenten und Urkunden vorgenommen. Den Austausch vollzog namens der polnischen Regierung der Direktor des politisch-wirtschaftlichen Departements beim Außenminister, Dr. Jackowski, im Namen der deutschen Regierung der Generalstaatssekretär.

Professor Brahn Schlichter im Braunkohlenstreit

Berlin. Zum Schlichter über die morgen vormittag 11 Uhr im Reichsarbeitsministerium stattfindende Schlichtung verhandlung im mitteldeutschen Braunkohlenstreit ist Professor Brahn bestellt worden. Von Reichsarbeitsministerium wird darauf hingewiesen, daß der Schlichter in seiner Entscheidung völlig frei ist. Professor Brahn ist bekanntlich auch deutscher Vertreter für Arbeiterfragen bei der Gemischtten Kommission.

dessen Vorsitzender wiederum ein Ausländer sein muß, der den Streit zwischen Regierung und Finanzberater schlichtet. Ja selbst die Stabilisierung des Zolls soll von der Gnade dieses Finanzberaters abhängig sein. Bekanntlich soll eine Reserve von 75 Millionen angelegt werden, die der Sicherung des Zolnkurses gelten soll. Aber wann stabilisiert wird, bestimmt nicht die Regierung, sondern sie muß sich das Einverständnis des Beraters einholen, den sie erst von der Notwendigkeit überzeugen muß. Und wenn sie ihn nicht überzeugt, so erhält sie zur Stabilisierung eben keine Gelder aus dem Reservesfonds.

Wir haben die Steuerpolitik der Regierung und nicht nur der gegenwärtigen nicht für eine besonders günstige gehalten, wenn man ihre Einflüsse auf die Wirtschaftsentwicklung betrachtet. Sie wird nach den uns auferlegten Bedingungen eine Aenderung erfahren, die wiederum einigen Wünschen des Finanzberaters obliegt. Der Beitrag, der zur Kreditgewährung in Höhe von 125 Millionen Zoll aus der Anleihe ausgeschieden wird, ist wiederum ganz im Besitz des Finanzberaters, denn die heraus erteilten Kredite dürfen nur „im Einernehm mit dem Berater nach mit ihm festgesetzten Grundfällen und Richtlinien gewährt werden“ und da die Einnahmen, wie bereits erwähnt, alle auf die fiskalischen Agenten für spezielle Rechnung des Finanzberaters fließen, so ist deren Verwendung ganz von seinen Launen abhängig. Und wo immer wir in unserer Finanzpolitik hinschauen, überall tritt uns die Person des Beraters entgegen, dem eine Souveränität eingeräumt wurde, wie sie sich früher kaum jemand träumen lassen. Ob Budget oder Zoll, alles ist vom Willen des Finanzberaters abhängig, abgesehen davon, daß sich unsere Ausgaben mit einem Schlag eben wegen dieser Anleihe jährlich um 300 Millionen erhöhen.

Die Nützlichkeit der Anleihe wird nicht bestritten, wie weit sie auf Grund der hier dargelegten Bedingungen auch erfolgversprechend ist, kann im Augenblick nicht beurteilt werden. Wir erhalten die Anleihe und müssen auch deren Bedingungen schlucken. In diesen Betrachtungen liegt auch kein Vorwurf gegen die Regierung, deren schwierige Situation wir ja aus dem Verlauf der Verhandlungen oft kennen lernten und nachdem heut die Bedingungen, wenn auch noch nicht alle, offen liegen, kann man erst verstehen, wie sie geworden wären, wenn die Regierung nicht eine solche Hartnäckigkeit bei der Unterzeichnung an den Tag gelegt hätte. Und diese Nebenerscheinungen der Anleihe sind es, die bezüglich des Vertrauens gewisse Schranken setzen. Mit Recht wird immer wieder gefragt, wenn das Vertrauen zu Polen so groß ist, warum dann diese harten Bedingungen, die man bisher keinem anderen Staat zugetragen hat. Es muß auch den Lobbyisten der Regierung klar sein, daß man Vertrauen, mit Diktaten belegt, nicht zu „Erfolgsergebnissen“ des heutigen Kusses zählen darf. Schließlich ist es ja Aufgabe der Regierung, zu zeigen, daß sie sich trotz der Bedingungen gegenüber dem Finanzberater souverän fühlt. Alles andere wird uns ja erst die Zukunft lehren. Aber wenn wir aus den Bedingungen die Schlüssefolgerungen ziehen, so haben wir keinen Finanzberater, sondern einen ausländischen Finanzdiktator erhalten und das ist die Kernfrage der ganzen Anleihe.

Einigungsverhandlungen in Shanghai

London. Nach den letzten Berichten aus Shanghai sind die Einigungsverhandlungen zwischen dem Hanauer Befehlshaber, General Feng, und den Vertretern der Nanjing-Regierung erfolgreich verlaufen. In den wichtigsten Streitfragen soll bereits eine Vereinbarung erzielt sein, die u. a. vorseht:

1. Wiedervereinigung aller Süstruppen.
2. Einleitung einer neuen Offensive der vereinigten Süstruppen gegen Marshall Thchangtsou.

3. Ausschluß aller Kommunisten aus der Südrégierung und aus der Kuomintang.

London. Nach Meldungen aus Peking hat die Schansi-Armee nach ihren letzten Niederlagen größere Bewegungsfreiheit zurückgewonnen.

Die Taktik der Schansi-Truppen geht anscheinend dahin, durch zahlreiche Angriffe an den verschiedenen Punkten eine Konzentration der Mandschuer Armee zu verhindern. In der Hauptstadt wurde während der letzten Tage nicht nur Gewehrfeuer, sondern auch schweres Artilleriefeuer aus südl. Richtung geführt. Der Durchmarsch großer Truppenmassen durch Peking findet in der Bevölkerung große Beobachtung. Die Tore der Stadt sind von ausgewählten Truppen bewacht. Gestern trafen in Peking 700 Gefangene des Kuomintangs ein. Die Verluste bei den letzten Kämpfen sollen größer sein als bei irgend einem Zusammenstoß zwischen den feindlichen Armeen während der letzten Jahr.

Wie aus Hongkong berichtet wird, haben die Süstruppen die Stadt Waihaw, etwa 90 Meilen von Schantung, besetzt und die Truppen des Generals Hu Chien entwaffnet.

Der Petljura-Prozeß

Paris. Der zweite Tag des Prozesses Schwarzbard vor dem Pariser Schwurgericht ist von geringerem Interesse als das am Zwischenfall reiche Verhör Schwarzbards zu Beginn der Verhandlungen. Trotzdem hat sich das Publikum ebenso zahlreich wie am ersten Tage eingefunden. Zu Beginn der Verhandlungen werden die Schutzleute verhört, die nach der Ermordung Petljuras an den Tatort geeilt waren. Der erste von ihnen erzählt: Er begrüßt, daß Petljura tödliche Schüsse erschossen habe, als er bereits auf der Erde war. Er hätte nach seinem Spazierstock gegriffen und immer wieder geschrien: „Aisse, Aisse!“ Trotzdem hätte der Angeklagte auf ihn weiter geschossen. Weiter Angenommen erscheinen, die dem nichts hinzuzufügen haben. Nur um die Frage anzuspielen, ob der Angeklagte auf Petljura auch nach seinem Tode noch weiter geschossen hätte. Dr. Paul, der Petljura untersuchte, erklärt, daß von den fünf Schüssen nur einer tödlich gewesen sei. Ein weiterer medizinischer Sachverständiger äußert sich über die Geistesverfassung des Angeklagten und erklärt, daß letzterer für seine Tat voll verantwortlich gewesen sei und im Besitz seiner vollen Geisteskräfte sich befindet. Auf das Verhör der Frau des Angeklagten wird auf Bitten des Rechtsanwalts verzichtet. Ein Mitglied des ukrainischen Direktoriums, ein südrussischer Christ, bezeugt, daß Petljura weder ein Diktator gewesen sei noch die Allmire eines solchen gehabt hatte. Er hat mit verantwortlichen Ministern regiert. Daß der General Ataman an gewesen sei, sei für ihn als ukrainisches Staatsoberhaupt selbstverständlich. Der Verteidiger des Angeklagten greift hier ein. Die Juden hätten bei allen Programmen viel zu leiden gehabt, und seien viel geknechtet worden. Dem widerspricht ein Offizier und bezeugt, daß Petljura gegen die Pogrome aufgetreten sei und sogar eine Untersuchungskommission für sie eingesetzt habe. Der Rest der Sitzung ist erfüllt von einem anhaltenden Streit um die Person Petljuras. Die Aussagen zu seinen Gunsten und gegen ihn wechseln ab, und scheinen nicht geeignet zu sein, Licht in jene dunklen Verhältnisse zu bringen, die damals in der Ukraine herrschten.

Paris. Der „Intransigeant“ sagt zu dem Prozeß Schwarzbard: „Wenn es wahr ist, daß Schwarzbard mit Radowksi in Verbindung stand und offensichtlich durch ihn unterstützt wurde, wenn es weiter zutrifft, daß er als Agent der Tschechoslowakei handelte und daß der russische Botschafter in Paris, der verabschiedet wurde, Petljura als den gefährlichsten Gegner der Sowjetregierung betrachtete, so ist es wahr, daß der ganze Prozeß von schwerwiegender Bedeutung ist. Der „Intransigeant“ verlangt daher, daß in alle Einzelheiten des Prozesses hineingeleuchtet werden müsse, da sonst die Bolschewisten alle ihre Gegner, auch im Auslande, langsam beseitigen würden.“

Auch Minister erleben ihr Schicksal

Bukarest. Das Landesgericht im Rîșchinew hat den Arbeitsminister Dr. Lupu zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt, weil er während einer in der Wahlkampagne gehaltenen Rede einen Polizisten beleidigt hat. Dr. Lupu hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Bruch mit Moskau?

Dann auch Bruch mit Rom?

Paris. Während die französische Rechtspresse unermüdlich weiter gegen Russland heizt, und immer dringlicher den Abbruch der diplomatischen Beziehungen fordert, erlässt heute der sozialistische Parteivorsitzende Leon Blum im „Populaire“ eine ebenso energische wie scharfe Warnung. „Wenn man heute noch weiter fortfährt“, erklärt er, „die Frage der russischen Botschaft in Paris entscheidet, dann wird die Debatte nicht allein über die russische Botschaft gehen. Wie Sozialisten sind entschlossen, in sie auch die Frage der Beziehungen zwischen Frankreich und dem Balkan und zwischen Frankreich und Mussolini einzubeziehen.“ Die Analogie zwischen Rom und Moskau müsse jedem Unvoreingenommenen in die Augen springen. Man brauche nur in den Hetzartikeln der Rechtspresse gegen Moskau die Worte Moskau durch Rom, Radowksi durch Maglioni, Rache durch General Cestelino und die Kommunisten durch die katholischen Gläubigen zu ersehen, und man habe nicht nur einen politischen Sinn, sondern man habe auch die volle Wahrheit. Zugesehen, daß ein Teil des bürgerlichen Frankreichs sich seine politische Parole aus Moskau holt, schreibt Blum weiter, aber wie viele andere holen sie sich aus Rom! Kommt es zum Abbruch mit Moskau, dann kommt es auch zum Abbruch mit Rom, dafür werden wir Sozialisten sorgen, und Rom wird davon sehr viel mehr betroffen werden als Moskau.

Eine peinliche Interpellation

Paris. Der kommunistische Abgeordnete Charles Huber erklärte beim Wiederzusammentreffen der Kammer, den Ministerpräsidenten wegen „der Diktatur, die im Elsaß herrsche“, zu interpellieren. Man habe dort die Zeitung „Bulachs“ verboten, weil sie in fremder Sprache gedruckt sei. Die Regierung wolle die ganze oppositionelle Presse verbieten. Die kommunistischen und autonomen Zeitungsdruckereien werden Tag und Nacht von einer vollkommen organisierten faschistischen Polizei überwacht. Der Abgeordnete will den Präfekten befragen, ob eine fremde Sprache anzusehen ist.

Einbruch bei Henry Barbusse

Paris. Nachstehenderweise drangen Einbrecher in das Landhaus des bekannten Schriftstellers Henry Barbusse ein. Merkwürdigweise wurde jedoch von den Einbrechern nicht ein einziger Wertgegenstand entwendet, so daß der Einbruch vor einem Raub von Dokumenten gegolten haben dürfte.

Wegen Verherrlichung des Mussolini-Unterstüters verurteilt

Paris. Das Pariser Berufungsgericht bestätigte das Urteil der 1. Instanz, das den kommunistischen Abg. Gaillant-Couturier zu drei Monaten Gefängnis verurteilte, weil er den Mordanschlag Zamponi auf Mussolini verherrlichte. Die Presse schließt sich diesem Urteil an und verlangt vom Minister des Äuferen, daß er endlich die direkten Verhandlungen mit Mussolini aufnehme.

Paris. Kann man die Fenster des Studierzimmers von dort aus sehen?“

„Ja, mein Herr.“

„Wer wohnt im Nebenhause?“

„General Platt-Houston. Aber die Familie wohnt außerhalb.“

„Die eiserne Treppe ist sicher eine Verbindung zwischen dem Hause und den Zimmern des Personals?“

„Ganz recht.“

„Senden Sie jemand zum Portier mit der Mitteilung, daß ich die Treppe untersuchen will.“

Wie sonderbar mir auch die Handlungsweise meines Freundes vorkomme, so hatte ich doch aufgehört, mich noch über irgend etwas zu wundern. Seit Smiths Erscheinen in meiner Wohnung war es mir, als ob ich mich durch die Phasen eines launischen Alpträuers bewegte. Die Geschichte meines Freundes über seine Armverletzung; die Szene unserer Ankunft im Hause Sir Crichons Dawens; die Schilderung über den Hinweis des Sterbenden: „Die rote Hand“; die verborgenen Gefahren im Arbeitszimmer; das Geheul aus der Gasse — dies alles passte eher zu einem Angsträum als in die nächtliche Wirklichkeit.

Als der Hausmeister uns mit einer nervösen alten Frau bekannt mache, der die Aufsicht über das Nachbarhaus oblag, war ich daher gar nicht mehr erstaunt, daß Smith mir plötzlich zuraunte:

„Spaziere ein wenig auf und ab, Petrie! Die Neugierigen haben sich inzwischen getrollt. Es wird spät werden. Halte die Augen offen, und sei auf der Hut! Ich dachte einen Vorsprung zu haben, aber er ist mir zuvorgekommen! Und was bedenklicher ist: Er weiß jetzt wahrscheinlich bereits, daß ich hier bin!“

Mit diesen rätselhaften Worten betrat er das Gebäude und ließ mich draußen auf dem Hof zurück, allein mit meinen Grilleien über das Geheimnis, in das ich so jäh verstrickt worden. Was hatte Sir Crichons Tod veranlaßt? Wußte es Rayland Smith? Was hatten die parfümierten Briefumschläge zu bedeuten? Wer war die geheimnisvolle Persönlichkeit, die Smith anscheinend fürchtete und die nicht nur einen Anschlag auf sein Leben unternommen, sondern wahrscheinlich auch Sir Crichon ermordet hatte? Während seiner dienstlichen Tätigkeiten in Indien und nicht minder in England hatte der nun Verstorbenen sich als gemeiner Hochstapler erfreut. Wer war sein geheimer Feind?

(Fortsetzung folgt.)

Senator Borah für Revision des Trianon-Vertrages

Berlin. Wie die Morgenblätter aus New York berichten, hat Senator Borah in einem Schreiben an einen führenden ungarischen Politiker unter Berufung auf die Compagnie Sir Rothermere für eine Aenderung der ungarischen Grenzen u. a. erklärt, er sympathisiere mit diesen Bestrebungen und habe bereits im Senat eine Resolution der von Rothermere vertretenen Ansichten vorgetragen. Ungarischen Pressevertretern gegenüber äußerte sich Borah noch bestimmter, denen er die Compagnie Rothermere als völlig gerechtfertigt, und die Revision des Trianon-Vertrages als eine unvermeidliche Notwendigkeit bezeichnete. Der Tag, an dem alle europäischen Nationen die Notwendigkeit dieser Revision einsehen, werde ein Ruhmestag für die ganze Welt sein. Borah ließ durchblicken, daß er bereit sei, an dieser Arbeit mitzuwirken.

Die Mission des Dr. Fu-Mandschu

Roman von Sax Rohmer.

3)

Zweites Kapitel.

Die parfümierten Briefumschläge.

Sir Crichons Studierraum war, wie schon angegedeutet, nicht sehr groß. Ein Blick genügte, um festzustellen, daß er keinerlei Versteckgelegenheit barg. Auf dem Boden lag ein dicker Teppich; das Gemach selbst war überladen mit burmanischen und chinesischen Gegenständen. Auf dem Kommodens standen mehrere Photographien, die bewiesen, daß man sich im Privathaus eines wohlhabenden Junggesellen befand, der durchaus nicht zu den Frauenhassern gehörte. Fast die ganze Längswand nahm eine Karte des Indischen Reiches ein. Eine grünbeschirmte Lampe auf dem mit Schriftstücke bedeckten Schreibtisch warf ihren Schein durch das kleine Zimmer, in dem eine schier unerträgliche Luft lastete, denn beide Fenster waren fest geschlossen.

Smith eilte sofort auf ein großes vierflügeliges Kuvett zu, das neben der Schreibmappe lag. Sir Crichon hatte sich nicht einmal die Mühe gemacht, es zu öffnen; aber mein Freund holte das nach. Der Umschlag enthielt einen weißen, unbeschriebenen Bogen Papier — sonst nichts.

„Der Duft!“ murmelte Smith und übergab mir den Brief.

„Ich führte ihn an die Rose. Er verbreitete ein scharfes Parfüm. Was ist es?“ fragte ich.

„Ein ähnlich selenes ätherisches Öl, das ich schon öfter verputzt habe, aber noch nie in Europa. Ich sehe Licht, Petrie!“

Er schob den Lampenschirm in die Höhe und unterwarf die Papierstücke, Streichhölzer und anderen Dinge in und auf dem Kamin einer gründlichen Prüfung. Ich nahm eine Bronzevasen vom Sims und betrachtete sie interessiert, als mein Freund sich plötzlich umdrehte. Auf seinen Zügen lag ein sonderbarer Ausdruck.

„Stelle das Ding wieder hin, mein Junge!“

Berblüfft tat ich, wie mir geheißen.

„Berühre nichts hier im Zimmer! Es könnte gefährlich sein!“

Der Ton seiner Stimme jagte mir ein Kältegefühl über den Rücken. Ich beobachtete von der Tür aus, wie er Zoll für Zoll

das Zimmer und alles hinter den Büchern, in den Däschläfern, Schränken und auf den Regalen methodisch untersuchte.

„Das genügt,“ entschied er endlich. „Hier ist nichts von Bedeutung, und ich habe keine Zeit, weiterzuforschen.“

Wir kehrten in die Bibliothek zurück. „Herr Kommissar Weymouth,“ sagte mein Freund, „ein trügerischer Grund veranlaßt mich, Sie zu bitten, den Leichnam schnellstens aus diesem Zimmer zu entfernen und die Bibliothek zu schließen. Niemand darf hier herein, ehe Sie Näheres von mir gehört haben.“

Nichts verriet mehr den Einfluß des geheimnisvollen Beauftragten seines Freunds als die respektlose Behandlung des Beamten von Scotland Yard, der ohne Wimpernzucken diese Weisungen entgegennahm. Nach einem kurzen Gespräch mit Burbone wandte Rayland Smith sich ab und schritt die Treppe hinunter. In der Halle wartete ein Mann, der wie ein Reitknabe aussah, jedoch keine Uniform trug.

„Sind Sie Wills?“ erkundigte sich Smith.

„Zwarohl, Herr!“

„Haben Sie vielleicht zu dem Zeitpunkt, als Sir Crichon starb, an der Rückseite des Hauses einen Schrei gehört?“

„Ja, mein Herr! Ich verlor gerade die Garagentür, und als ich zufällig nach dem Zimmer von Sir Crichons Arbeitszimmer ausschauete, sah ich ihn von seinem Sitz emportaumellen. Wenn er schwieg, zeichnete sich nämlich sein Schatten deutlich auf den Fensterwänden ab. Eine Minute später hörte ich einen Ruf aus der Nebengasse.“

„Was für einen Ruf?“

Dem Manne, der durch das grausige Ereignis wohl etwas ärgerlich geworden war, fiel es ancheinend schwer, eine nähere Beschreibung zu geben. „Eine Art Geheul,“ meinte er schließlich.

„Ich habe bisher nie etwas Ahnliches gehört.“

„So etwa?“ Smith ließ einen leisen Klageschrei hören, den man unmöglich klassifizieren konnte.

Wills fuhr stöhnlich zusammen, und in der Tat: es war ein urheimlicher Laut.

„Genau so!“ erklärte er. „Aber bedeutend lauter.“

„Dann weiß ich genau!“ In Smiths Stimme schwang ein triumphierender Ton. „Doch halt! Führen Sie uns nach der Hinterfront des Hauses!“

Wills ging voran, und bald befanden wir uns auf einem gepflasterten Hof. „Dort sind die Fenster des Arbeitszimmers. An der anderen Seite jener linken Mauer befindet sich die kleine

Polnisch-Schlesien

Aus der Sozialkommission der Freien Gewerkschaften

Für Dienstag abend berief der Bezirksausschuss der Freien Gewerkschaften nach dem Gewerkschaftshaus Königsbüttel eine Sitzung ein, wozu sowohl die Sozialkommission als auch die interessierten Betriebsräte und Funktionäre anderer Gewerkschaftsrichtungen eingeladen wurden. Auf der Tagesordnung stand zur Beratung der Regierungsentwurf über die Zentralisierung der sozialen Versicherungseinrichtungen in Polen. Herr Gewerkschaftssekretär Warshawski, welcher als Sachverständiger in dieser Beziehung gelten kann, hat sich entgegenkommender Weise dem Bezirksausschuss für diesen Abend zur Verfügung gestellt. Die Sitzung wurde vom Gewerkschaftssekretär Sowa geleitet. In seinen einleitenden Worten wies Sowa darauf hin, daß über dieses Thema schon in unzähligen Mitgliederversammlungen und auf Betriebsrätekongressen referiert und debattiert worden ist, doch bewegten sich die Meinungen über das neue Gesetz stets in verschiedener Richtung, weil der gesamte Text des neuen Gesetzesentwurfs anfangs nur Einzelnen bekannt war. Herr Warshawski wog nun in seinen Ausführungen das Für und Wider einzelner wichtiger Gesetzesbestimmungen klar ab und empfahl den Anwesenden, sie nun praktisch in die einzelnen Paragraphen zu vertiefen und diese in dem Sinne umzuarbeiten, wie sie zum Vorteil der Arbeiter gereichen sollen. Es wäre falsch, das Gesetz in Bausch und Bogen ablehnen, oder sich auf die Genter Konvention zu befreien, welche Verschlechterungen der bestehenden sozialen Versicherungsgesetze auslösen soll, denn auch diese Konvention ist dehnbar. Vielmehr gilt es für die Arbeiterklasse selbst Hand ans Werk zu legen und sich durch Mitarbeit vor Verschlechterungen zu schützen. Wir haben es doch vor der Zugehörigkeit zu Polen in dieser Beziehung sehr begreiflich gehabt, denn die organisierte Arbeiterschaft im Ruhrgebiet hat uns die sozialen Gesetze geschmiedet und trat sogar mehrere Male in den Streit, um Verbesserungen durchzuführen oder Verschlechterungen abzuwehren. Jetzt bilden wir das Ruhrgebiet für Polen und ist es deshalb unsere Aufgabe, auch einmal für den Arbeiter in Polen Opfer zu bringen. Herr Warshawski brachte auch viel neue Motive zum Vortrag, über welche bisher gar nicht diskutiert wurde.

In der nun lebhaft eingehenden Diskussion, welche sehr sachlich gehalten war, kam erfreulicherweise der einheitliche Wille zum Ausdruck, aus dem Gehörten die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und Hand ans Werk zu legen, um neue Vorschläge an Stelle der für die Arbeiter ungünstigen Gesetzesparagraphen auszuarbeiten, und diese der Regierung zu unterbreiten. Der Kollege Antonczyk von der Bismarckhütte, welcher Betriebsrat und Vorstandsmitglied der Pensions- und Krankenkasse in diesem Werk ist, berichtete, daß wohl schon von sämtlichen Vorständen der biesigen Kassen eine Resolution in diesem Sinne nach Warschau geplant wurde, doch war diese auch nur allgemeiner Natur. Schließlich wurde noch der Knapphartsüste Sowa, Krol, Huta und Betriebsrat Antonczyk mit in die Sozialkommission hinzugewählt. Da zur Gesetzesverordnung des neuen Regierungsentwurfs noch reichlich 1 Jahr Zeit ist, wird auch die Kommission für ihre Arbeit Zeit genug haben, um das Projekt gut durcharbeiten zu können. Für diesen Zweck hat sich Herr Warshawski auch weiterhin zur Verfügung gestellt.

Nach Erledigung noch einiger Anfragen über die Auswertung der früheren Lebensversicherungspolitik schloß der Versammlungsleiter die angeregt verlaufene Sitzung.

Ergebnis der Betriebsratswahlen auf Giesecke-Gruben.

Am Mittwoch, den 19. Oktober, fanden hier die Betriebsratswahlen statt. Seitens der Arbeiter wurden 5 Listen eingebracht. Der alte Bergarbeiterverband hat zum zweiten Male keine eigene Kandidatenliste aufgestellt. Insgesamt wurden 3123 Stimmen abgegeben, darunter 15 ungültige. Es erhielten: Liste 1, Alter Bergarbeiterverband, 479 Stimmen, gleich 4 Mandate; Liste 2, Polnischer Zentralverband, 707 Stimmen, gleich 5 Mandate und 1 Ergänzungsmann; Liste 3, Polnische Berufsvereinigung, 525 Stimmen, gleich 3 Mandate und 1 Ergänzungsmann; Liste 4, Deutsche christliche Gewerkschaften, 723 Stimmen, gleich 5 Mandate und 1 Ergänzungsmann; Liste 5, W. Z. B. in Polen, 674 Stimmen, gleich 5 Mandate. Die Wahlbereitstellung betrug 55 Prozen. Bei derselben Betriebsstätte wurden im vorigen Jahre 4402 gültige Stimmen abgegeben. Der alte Bergarbeiterverband erhielt im vorigen Jahre 2 Mandate und 1 Ergänzungsmann. Den größten Rückgang an Stimmen haben diesmal die W. Z. B. in Polen aufzuweisen, welche im vorigen Jahre 1445 Stimmen erhielten. An Mandaten gewannen diesmal der alte Bergarbeiterverband 2 Mandate, Zentralverband 1 Mandat und 1 Ergänzungsmann, Poln. Berufsvereinigung 1 Mandat und 1 Ergänzungsmann, Deutsche Christen 2 Mandate. Infolge der Feierlichkeit, welche am Wahlgang von der Verwaltung eingehalten wurde, war die Wahlbereitstellung sehr schwach. — Seitens der Angestellten erhielt die Liste der poln. Angestellten 4 Mandate und der Deutschen 3 Mandate.

Aus der Generalversammlung der Deutschen Theatergemeinde

Einen wichtigen Faktor um die Erhaltung des deutschen Volkstums spielt in Katowic und in ganz Ost-Oberschlesien das Deutsche Theater. Die Sorge und Verantwortung für die Veranstaltung von deutschen Theatervorstellungen hat die Deutsche Theatergemeinde übernommen, die ihren Sitz in Katowic hat und dieser Tage ihre vierjährige Generalversammlung abhält. Der vorgelegte Geschäftsbericht gibt Zeugnis von der zielbewußten Arbeit der deutschen Theatergemeinde im Interesse der deutschen Kunst in Ost-Oberschlesien. In der letzten Spielzeit 1926/27, die das fünfte Geschäftsjahr der Deutschen Theatergemeinde bildete, wurden insgesamt in Ost-Oberschlesien 207 Vorstellungen aufgeführt, gegenüber 181 Vorstellungen im Vorberichtsjahr. In Katowic allein fanden in der letzten Saison 109 Aufführungen statt, die von fast 50 000 Personen besucht waren. Unter den Aufführungen in Katowic fanden 20 Neu-einführungsspiele statt, davon 18 Schauspiele und 7 Opern- und Operettenspiele. Neben dem Schauspiel wurde Oper und Operette gespielt. Die Vorstellungen wurden gestellt vom deutsch-österreichischen Dreistädte-Theater. Der finanzielle und künstlerische Erfolg war be-

Schlesischer Sejm

Kattowitz, den 20. Oktober.

Nach der gestrigen Tagung des Schlesischen Sejms, wird niemand die Wichtigkeit der Sitzung bestreiten. Wir wollen unsere Abgeordneten nicht beneiden, denn wenn die Sitzungen auch nicht allzu lange dauern, so müssen sie wenigstens durchgeholt werden. Für Mittwoch war die Tagung um 3 Uhr angelegt, aber reichlich nach 4 Uhr ist die Sitzung erst begonnen worden, mit den üblichen Formalitäten, ohne daß irgend welche Abgeordnete entschuldigt waren, wenn auch recht viele fehlten. Hat man früher versichert, daß sich seinerzeit der Seniorenkongress geeinigt hat, nur die wichtigsten 7 bis 9 Vorlagen zu erledigen und dann den Sejm aufzulösen zu lassen, so scheint nach der gestrigen Tagung ordentlich seitens der Christlichen Demokratie Korfanzy eine Vereinigung der Sejmabende geplant zu sein, wenn die Anträge ernst genommen werden sollen, die da als dringlich eingebrochen werden. Man wird sich nicht wundern dürfen, wenn andere Parteien von diesem Recht auch Gebrauch machen, denn was in agitatorischer Hinsicht dem einen recht ist, muß dem anderen zugestanden werden. Und wieder einmal bestimmt man sich recht christlich, um die Wählermassen, die eifrig fürs Fürsorge vorzudemonstrieren.

Als ersten Punkt behandelte man einen Antrag der Budgetkommission auf Erhöhung der Bezüge der Geistlichkeit bei Erteilung von Religionsunterricht in Schulen, und zwar von 1,50 Zloty auf 2,50 Zloty die Stunde. Die hierzu notwendigen Gesetzesänderungen wurden gutgeheissen und schließlich der Antrag gegen die Stimmen der Sozialisten angenommen.

Ein zweiter Antrag der Budgetkommission fordert an Stelle der Kredite für die Kathedrale eine Subvention für das Bistum in Höhe von 550 000 Zloty, wobei der Berichterstatter darauf hinweist, daß der Bau der Kathedrale etwa 7 bis 10 Millionen Zloty kosten wird. Die Sozialisten stellten

den Antrag, über die Forderung der Budgetkommission zur Tagessordnung überzugehen und die hier vorgesehenen Gelder dem Wojewoden zu überweisen, damit endlich die Flüchtlinge zu ihrer Entschädigung kommen. Außer den Sozialisten stimmt für diesen Antrag auch Herr Korfanzy, doch war es eine Minderheit und so wurde der Antrag auf Subventionsgewährung an das Bistum angenommen.

Hierauf berichtet Abgeordneter Kendzior über die von der Rechtskommission vorgenommenen Änderungen zum schlechten Wirtschaftsplans, die zugunsten der Steuerzahler erfolgen und bittet um Annahme, während Herr Janicki für nochmalsige Verweilung an die Rechtskommission plädiert, um in mancher Hinsicht die Novellen, die den ganzen Wirtschaftsplan betreffen, rechtlich richtigzustellen. Dem Antrag Janicki wird stattgegeben.

Infolge der Beschiedenarbeitigkeit der Rechtsprechung aus dem Mieterschutzgesetz macht sich hinsichtlich der Mietsverhältnisse für Kaufmänner des Handels eine Änderung notwendig, die durch den Berichterstatter Janicki begründet wird. Der Antrag wird der Wohnungskommission überwiesen.

Die beiden weiteren Punkte erfordern noch eine Ergänzung und werden in den betreffenden Kommissionen zurückgewiesen, nachdem hierüber im Seniorenkongress Einigkeit erzielt worden ist.

Nunmehr berichtet Abgeordneter Wodra über die Beschlüsse der Schulkommission bezüglich des Dienstverhältnisses der Lehrer in der Wojewodschaft, wozu noch eine Ergänzung durch den Abgeordneten Bruska nomens der Budgetkommission erfolgt. Es handelt sich hier um die Regelung des Dienstverhältnisses der Lehrer, über welche gewisse Gegenseitigkeiten bestanden. Die Vorlage wird in zweiter und dritter Lesung angenommen. Nach Annahme zweier Dringlichkeitsanträge, die der Koszakowski einbringt, wird die Sitzung nach einstündigem Dauer geschlossen, die nächste Tagung wird durch den Sejmarschall schriftlich einberufen werden.

Die Antwort der Mittelschullehrer

Im Katowicer Stadtparlament gab es wegen der Stellungnahme der deutschen Gemeinschaft über die Abschaffung der unteren Klassen in den Mittelschulen ein großes Hallo von Seiten aller polnischen Klubs. Die Deutschen protestierten entschieden gegen eine ev. Abschaffung der unteren Mittelschulklassen und nachdem sie im Katowicer Rathause in der Mehrheit sind, drohten sie den Magistratsantrag der von der Beseitigung dieser Klassen sprach, zum Falle. Die polnischen Vertreter haben daraus eine Prestigefrage gemacht, verließen die Sitzung und nahmen einen Ertschluß an, in welchem zum Ausdruck gebracht wurde, daß der Beschluß der Deutschen als eine „Provokation“ aufzufassen ist und mache den polnischen Ratsklubs das Weiterbleiben im Stadtparlament unmöglich. Seit dieser Zeit bleiben die Polen den Sitzungen fern und die polnische Presse wußte bereits zu berichten, daß die Auflösung des Katowicer Stadtparlaments eine beschlossene Sache ist.

Um vergangenen Sonntag fand in Katowic ein Lehrertag aller an den tschech. Schulen wirkenden Mittelschullehrer statt. Über die Abschaffung der unteren Klassen in den Mittelschulen referierte der Gymnasialdirektor Londynski aus Myslowitz, der die Abschaffung der unteren Gymnasialklassen im Namen aller Mittelschullehrer auf das entschiedenste verwarf. Direktor Londynski hob besonders hervor, daß er das nicht etwa im Interesse der Gymnasiallehrer tue, sondern im Interesse der Schüler und der Schulen. Die Volksschule kann niemals als eine Vorbereitungsschule für die Mittelschule gelten, weil die Aufgaben beider Schulsachen grundverschieden sind. Er gebe zu, daß in Frankreich und Amerika die unteren Klassen in den Mittelschulen abgeschafft waren, doch waren die Erfahrungen, die das-

bei gemacht wurden, derart, daß man überall die unteren Klassen in den Mittelschulen wieder einführt. Aber selbst in Polen haben wir Beweise annehmen können, die eine deutsche Sprache für die Beibehaltung der unteren Mittelschulklassen sprechen. In Lemberg wurden 345 Kandidaten aus der Volksschule vorgeführt. Von diesen haben für die höhere Gymnasialklasse nur 7 Kandidaten die Prüfung bestanden, während 338 Kandidaten durchgefallen sind. — Da haben also die polnischen Ratsklubs die Antwort aus einem autoritativen Munde, von einem polnischen Gymnasialdirektor. Als sich der Leiter des Wydział Oświecenia Publicznego der schlesischen Wojewodschaft, Dr. Nengorowicz, diesen Ausführungen widerstrebte, kam es zum scharfen Wortwechsel, worauf Dr. R. mit einem Schulinspektor den Lehrtag verließ. Dieser Vorfall konnte die Mittelschullehrer nicht beeinflussen und sie nahmen einstimmig den Beschluß an, in welchem gegen die Abschaffung der unteren Mittelschulklassen protestiert wurde.

Die Deutschen Ratsklubs im Katowicer Stadtparlament, die den Antrag des Magistrats zum Falle brachten, haben im Interesse der Mittelschüler und der Mittelschulen gehandelt. Das hat Gymnasialdirektor Londynski im seinem Referat auf dem Lehrertage besonders unterstrichen. Die Polnischen Ratsklubs, die die Auflösung des Stadtparlaments von langer Hand vorbereitet haben, nahmen diese Stellung der Deutschen zum Anlaß, um dem Stadtparlament mit der deutschen Mehrheit den Garas zu machen. Sie wollen eben regieren, gleichgültig, ob sie die Mehrheit hinter sich haben, oder nicht und daher fühlen sie sich „provokiert“.

Die Arbeitslosigkeit in Oberschlesien

Nach dem letzten Bericht des Wojewodschaftsamtes hat sich die Arbeitslosenziffer für die Wojewodschaft mit 354 Personen verringert. 38 465 Arbeitslose werden in der Wojewodschaft gezählt; davon entfallen auf den Bergbau 16 129, Eisenhütten 2954, Metallhütten 2262, auf die ungeliebten Arbeiter 11 526, während der Rest sich auf die übrigen Berufszweige verteilt. — 23 483 Arbeitslose beziehen die normale Arbeitslosenunterstützung.

Freilassung der der Spionage verdächtigen Gudermut und Löber

Wie versprochen, soll in den nächsten Tagen die im Zusammenhang mit den Haushaltungen im Verlagsgebäude der Katowicer Buchdruckerei A.G. von der polnischen Polizei verhafteten Gudermut und Löber gegen Stellung einer Kavution von 5000 Zloty bzw. Markt freigelassen werden. Eine Bekämpfung der Richtigkeit der Verhandlung ist bis jetzt nicht zu erreichen.

Kattowitz und Umgebung

Eröffnungsabend des Bundes für Arbeiterbildung

Am Dienstag, den 18. Oktober 1927, fand der Eröffnungsabend der Ortsgruppe Katowic des Bundes für Arbeiterbildung statt. Es zeigte sich wieder einmal, daß für solche Veranstaltungen der Saal des Central-Hotels nicht ausreicht, denn es war vielen Genossen unmöglich, auch nur den kleinsten Stehplatz zu eringen. Sie mußten infolge dessen vor der Tür wieder umkehren. Eröffnet wurde der Abend mit einem Klaviervortrag von einem Mitglied des Schachklubs, dessen Inhalt zwar nicht klassisch, aber doch der ersten Veranstaltung des Abends angepaßt war. Dann folgten 2 gemischte Chöre, von den freien Sängern wirtungsvoll vorgetragen, nämlich das „Brüder reicht die Hand zum Bunde“ und der „Rusische Östergesang“. Die Bezeichnung der Frauenstimmen konnte wohl etwas zahlreicher sein. Die Recitation der Jugendgenossin Cepernick „Das Märchen vom Geist“ erregte wohlverdienten Beifall. In einer Ansprache gedachte der Vorsitzende zuerst des im Sommer verstorbenen Genossen Professor Ringer. Er hob dessen humorvolle Art, seine etwas spröden Vorlesungen zu behandeln, seine allgemeine Beliebtheit, Hilfsbereitschaft

Eine neue Bergverordnung

Der Direktor des Oberbergamts, Ingenieur Molenski, gab sich nach Warschau in dienstlichen Angelegenheiten. Wie verlautet, hängt seine Reise sehr nahe mit der Herausgabe einer neuen Bergverordnung zusammen. Die Kommission, welche vom Minister für Handel und Industrie mit der Ausarbeitung einer solchen Verordnung betraut wurde, soll bereits das Projekt beendet haben, so daß es schon in der nächsten Zeit dem Ministerium vorgelegt werden kann. Dagegen heißt es von anderer Seite, daß eine allgemeine polnische Bergverordnung erlassen wird und zwar auf dem Dekretwege durch den Staatspräsidenten.

Ausländische Besuche

Heute vormittag trafen in Katowic 40 Studenten der Handels-Akademie in Helsingfors-Finnland ein, welche die östlichen Handelsverhältnisse kennen lernen wollen. — Am Sonnabend wird uns ein weiterer Besuch beeindrucken, und zwar rumänische Journalisten, die einer Einladung des polnisch-rumänischen Bergstädte-Komitees folgen.

hervor und schloß damit, daß er ein treuer Genosse bis an sein Lebensende gewesen sei. Die Anwesenden erhoben sich zu Ehren des Dathingegangenen von den Plätzen. Dann gab der Vorsitzende einiges Geschäftliches bekannt, erinnerte an die noch ausstehenden Beitragszahlungen, an die verschiedenen Rundschreiben, die an alle Kulturbvereine wegen der Teilnahme an den Betriebsrätekursen, an den Kursen des Genossen Karg und wegen des Esperantokurses ergangen sind und deren Beantwortung bis zum heutigen Tage noch nicht erfolgt ist und gab zuletzt bekannt, daß der Kursus über die „Geschichte der Volkswirtschaft“ am nächsten Sonnabend, den 22. Oktober 1927, um 7½ Uhr, Zimmer 15, beginne und daß er hoffe, recht viel Zuhörer zu haben. Dann kam Genosse Hanisch mit 2 ernsteren Sachen, einer „Kunst und Publikum“ von Hermann Scherchen und einem Gedicht von Becker „Ihr Männer“, und brachte zum Schlus eine für verheiratete Leute berechnete Vogelgeschichte von Hermann Lüns. Nach einem von dem kleinen Lipp vorgetragenen „Gedicht“ stieg der Lichtbildvortrag „Max und Moritz“ von Wilhelm Busch, das namentlich von den ziemlich zahlreich vertretenen Kindern mit Jubel begrüßt wurde, auch bei den Erwachsenen zahlreiches Schmunzeln auslöste. Den Vortrag selbst führte die kleine Agnes Bloch unter großem Beifall aus. — Es war ein sehr gelungener Abend, dessen Programm sich schnell abwickelte, so daß die Zuhörer bereits um 10 Uhr wieder nach Hause gehen konnten, begleitet von zwei Schluststücken unseres Klavierkünstlers. — Der nächste Vortrag findet am 25. Oktober 1927 statt und ist wieder ein Lichtbildvortrag „Im Fluge durch die Welt“. Vortragender: Genosse Birgman.

Aus der letzten Magistratsitzung

Auf der Dienstag-Sitzung des Magistrats in Katowic sind eine Reihe wichtiger Beschlüsse gefaßt worden, welche nachstehend bekannt gegeben werden:

Beschlossen wurde u. a. die für die Subventionierung des Theaters im Haushaltsbudget vorgesehenen Mittel durch die Stadt bis zum Schlus des Rechnungsjahres in der gleichen Weise zur Verteilung gelangen zu lassen, wie bisher. Demgemäß soll der Verein der polnischen Theaterfreunde eine Summe von 100 000 Zloty, dagegen die Deutsche Theatergemeinde 25 000 Zloty zugewiesen erhalten.

In der, durch An- und Umbau erweiterten früheren Augustaschule auf der ulica Dombrowski in Katowic sollen untergebracht werden: 1. die Volksschule „Piotr Skargi“, 2. die deutsche evangelisch-mindelheits-Volksschule. Überdies müssen für das laufende Schuljahr zwei Klassenzimmer zwecks Abholung des Unterrichts durch die Handels-Vorbereitungsschule und ein weiteres Klassenzimmer für die Baugewerbeschule freigegeben werden. In drei anderen Klassenzimmern werden die Klassen für die Abholung des Experimental (Ausbauungs-) Unterrichts eingerichtet. — Der Betrag von 300 Zloty wurde als Subvention zwecks Weiterführung eines Handarbeits-Kurkurs im Winterhalbjahr und Anschaffung des notwendigen Materials der Lehrerin, Frau Ingenieur Nitsche, überwiesen. An dem fraglichen Kurkurs, welcher im Stadtteil IV (Ligota) abgehalten wird, nehmen ausschließlich minderbemittelte Frauenspersonen teil, deren fertige Arbeiten aufgebaut werden. Der Erlös kommt den Frauen zugute, welche auf diese Weise den Lebensunterhalt für sich und die Familienangehörigen bestreiten und der öffentlichen Armenfürsorge nicht anheimfallen.

Für die kaufmännische Fortbildungsschule in Katowic ist der Lehrer Łodwiński als Hilfslehrer berufen worden.

Zum Ober-Stadtschreiber wurde der bisherige Stadtschreiber Czajka ernannt. — Kinderarzt Dr. Bloch ist beauftragt, die ärztliche Fürsprache auf der ulica Raciborska in Katowic auszuüben. — Die städtische Volks-Bibliothek im Ortsteil Domb wurde dem „Towarzystwo Czytelni Ludowej“ (Volks-Bibliotheks-Verein) in Katowic zugesetzt.

Deutsches Theater Katowic. Die Deutsche Theatergemeinde macht besonders darauf aufmerksam, daß die Mitgliedskarten nur noch bis Montag, den 31. Oktober ausgegeben werden. Nach diesem Termin werden Mitglieder nicht mehr aufgenommen. — Auf die Aufführung am Freitag, den 21. Oktober, abends 18 Uhr, weisen wir besonders hin. Zur Aufführung gelangt die Operette von Gilbert „Zahnmalnacht“. Karten sind an der Theaterkasse, Rathausstraße, in der Zeit von 10—2 Uhr zu haben. Die vorbestellten Karten werden nur bis zum 21., mittags 1 Uhr, reserviert.

Finnlandsberg der Volkshochschule Katowic. Um heutigen Donnerstag, abends 8 Uhr, findet im Zeichensaal des Lyzeums ein Lichtbildvortrag über Reisen, Land und Leute in Finnland statt, umrahmt von Proben finnischer und schwedischer Volks- und Kunstmusik, der recht interessant zu werden verspricht. Eintritt 1 Zloty, für Schüler und Jugendliche 70 Groschen.

Preisprüfungskommission. Die Preisprüfungskommission in Katowic hat auf ihrer Sitzung den Höchstpreis für Landeier auf dem Markt von 19 auf 20 und ausgewählte grüne Landeier von 23 auf 24 Groschen pro Stück festgesetzt. Vom gestrigen Mittwoch ab sind die neuen Höchstpreise gültig.

Arbeitslosenversammlungen. Am Sonnabend, den 22. b. Mts., nachmittags um 5 Uhr, findet in Myslowic, und zwar im Restaurant Ochojski eine Versammlung der dortigen Erwerbslosen statt. Es wird zu wichtigen Fragen Stellung genommen werden, u. a. zu der Angelegenheit betr. die diesjährige Kartoffelversorgung. Der erste Vorsitzende der Selbsthilfvereinigung der Arbeitslosen, Brzezowska, wird ferner über die allgemeine Lage der Arbeitslosen referieren. — An dem gleichen Tage, jedoch mittags um 9.15 Uhr, wird im Restaurant Bitiner in Rybnik gleichfalls eine Versammlung der Arbeitslosen aus dem Kreise Rybnik abgehalten, auf welcher ebenfalls zu wichtigen Fragen Stellung genommen werden soll.

Festnahme einer Einbrecherbande. Eine sehr geschickt arbeitende Einbrecherbande machte seit Wochen schon Katowic und Umgegend unsicher, ohne daß es der Polizeibehörde gelungen wäre, ihrer Habhaft zu werden. Alle Ermittlungen blieben erfolglos, bis es am 17. d. Mts. der Polizei gelang, drei Personen, und zwar Marie und Martha sowie Walter Mansfeld festzunehmen, weil sie verschiedener Diebstähle verdächtigt waren. Eine bei Walter Mansfeld, der in Katowic wohnt, vorgenommene Haussuchung brachte ein überraschendes Ergebnis. Man fand nämlich bei ihm ein regelrechtes Warenlager und verschiedenes Einbruchswerzeug. Die Waren stammen aus den in der letzten Zeit verübten Einbrüchen und wurden auf zwei Wagen ins Kriminalamt geschafft und dann den Eigentümern zurückgegeben. Bezeichnend ist, daß die beiden Damen, welche der Einbruchspuppe angehörten, die Hauptarbeit geleistet haben sollten. Alle drei Festgenommenen sind dem Katowicer Gerichtsgericht zugeführt worden, wo sie ein wenig über ihr Pech nachdenken können.

Eichenau. (Brandstiftung) Auf der ul. Myslak in Eichenau brach vorgestern in dem Hausgrundstück Nr. 6 ein Brand aus, der schnell um sich griff und einen Teil des Daches vernichtete. Der angerichtete Schaden wird auf 2000 Zloty gesetzt. Als Ursache des Schadens wird Brandstiftung angenommen.

Königshütte und Umgebung

Deutsches Theater Königshütte. Heute, Donnerstag, abends 8 Uhr, gelangt „Alt-Heidelberg“ zur Darstellung. Mitglieder der Theatergemeinde und von deutschen Gewerkschaften erhalten bedeutende Ermäßigungen. Die Kasse wird um 5½ Uhr abends geöffnet. — Tel. 150. — Donnerstag, den 27. Oktober, wird die komische Oper „Der Barbier von Sevilla“, von Rossini, aufgeführt.

Von der Vereinigten Königs- und Laurahütte. Die Gesellschaft veröffentlichte ihren Aufruf. Unter Berücksichtigung des Dividendenausfalls der polnischen Königs- und Laurahütte für ihr erstes Geschäftsjahr 1926 beschränkt der Reingewinn des deutschen Unternehmens vor 30. Juni 1927 nach Abzug von Geschäftskosten und Abschreibungen auf 208 179 Rmk. (28 397 Rmk.), dieser Betrag soll vorgetragen werden. Die Gesellschaft wird also auch in diesem Jahre eine Dividendenverteilung nicht vornehmen. Zur Erfüllung gesetzlicher Formalitäten wird eine Eröffnung des Aktienkapitals um einen Tropfenbetrag von 40 Am. zu erfolgen haben. Gleichzeitig soll die Stückelung der Aktien, soweit ihr Nennbetrag nicht durch 100 teilbar ist, umgeändert werden. Die Verwaltung hat einen Bericht vorbereitet. Die Generalversammlung findet am 22. November statt.

Soldatenspielerinnen. Der Geist von Locarno macht sich in Königshütte immer bemerkbar und das besonders bei der Gymnasialjugend. Fast Tag für Tag ziehen diese jungen Leute, mit Gewehren ausgerüstet, nach dem Stadion, um sich dort in dem militärischen Drill unterrichten zu lassen, denn dieser ist für sie nach Ansicht ihrer Lehrer viel wichtiger als alles andere. Stundenlang sieht man diese jungen Burschen sich mit dem Gewehr abquälen oder in dem uns nicht unbekannten „Sprung auf, marsch!“ sich die Lunge aus dem Hals herauslutschen. Mit Gesang, der bestimmt aber nicht sehr begeistert klingt, geht es dann mit den geschulterten Flinten auf den Rathaushof, wo Übungen im Schießen vorgenommen werden. Ob den jungen Leuten mit diesen Soldatenspielen für ihren künftigen Beruf gedient ist, wollen wir bezweifeln, aber da nun einmal die Jugend in der militärischen Erziehung, das Klingt ja ganz schön, erogen werden soll, so wird wohl dagegen nichts zu machen sein. Im Gegenteil, wir sind sogar der Ansicht, unser bedauernswertes Vaterland ist ja ständig in Gefahr, wenn sogar die ABC-Schüler zu den Soldatenspielerinnen im Stadion herangezogen werden. Schüler sind sie sowieso schon und da kann es nicht fehlen. Immer allmählich nach unten gehen, bis schließlich auch die Säuglinge erfaßt werden können. Und sind wir einmal soweit, dann dürfen wir beruhigt sein und uns gemäßlich die Zipselmütze um die Ohren schlagen, denn Jungpolen steht auf der Wacht. Und zählen wir noch den Geist von Locarno dazu, so kann uns überhaupt nichts mehr fehlen.

Mehr Verkehrsordnung auf der Beuthenerstraße. An den beiden Markttagen, Mittwoch und Sonnabend, erwiedert sich auf der Beuthenerstraße ein zeitweise beeinträchtigender Verkehr von Fuhrwerken aller Art. Ihn zu regulieren, ist Angelegenheit der Straßen- oder Verkehrs-polizei, doch dafür hat sie allem Anschein nach wenig Verständnis und so geht am diesen Tagen auf der Beuthenerstraße alles wie Kraut und Rüben durcheinander. Gefährlich sieht es mitunter an der Zufahrt zum Güterbahnhof aus. Da drängt sich ein Fuhrwerk an das andere, der Passantenverkehr wird regelrecht unterbrochen, es steht ein unentwirrbare Knäuel, so daß auch Straßenbahn und Autos festgesetzt werden, mit einem Worte, der ganze Verkehr wird lahmgelegt. Gewöhnlich dauert's lange, ehe die Ordnung wieder hergestellt ist. Das ist selbstverständlich keine Unannehmlichkeit, aber sie ist nicht die einzige, denn gerade solche Gelegenheiten werden mit Vorliebe von den Taschendieben benutzt und nicht mit schlechtem Erfolg. Es gibt aber auch noch andere Freuden, wie sie gestern einer Frau von der Katowicerstraße zuteil wurde. In ihrer Hand trug sie eine Mandel Eier und andere eingekauft. Bei dem Gedränge an der Güterbahnhofzufahrt entging es der Tasche leicht und dem Inhalt noch schlechter. Und soll sehr häufig vorkommen. Also, verehrte Polizeidirektion, mehr Verkehrsordnung wäre bestimmt am Platze.

Siemianowic

Was geht in der Siemianowicer Gemeindevertretung vor. Zu unserer gestrigen Notiz über die Verlegung der Gemeindevertretersitzung wird uns noch geschrieben: Dienstag, abends 6 Uhr fand die angekündigte Sitzung statt, welche 15 Punkte umfassen sollte, leider von vorherhin nicht tagungsfähig war. Die Tagesordnung war in verschiedenen Punkten ziemlich wichtig und die Tribüne war bald voll besetzt, während der Saal der Gemeindevertreter eine merkwürdige Lere aufwies. Nach der letzten Gemeindevertretersitzung vom 16. August wurde es allgemein bekannt, daß die deutsche Bürgerpartei an keiner Sitzung mehr teilnimmt, weil sie sich vor dem Kopf gestoßen fühlte, dies infolge Absehung verschiedener Punkte von der Tagesordnung, die seitens des Bürgerblocks gestellt wurden. Der Vorsitzende, Bürgermeister Popiel rechnete aber doch noch damit, ohne den Bürgerblock, eine beschlußfähige Mehrheit von 17 Mitgliedern zu erhalten. Direktor Kiedron als Schöffe ist bei den Eisenhartsteilverhandlungen in Berlin, und 2 weitere Mitglieder der poln. Partei waren entschuldigt abwesend. Bei der Gründung um 6½ Uhr vorlas der Vorsitzende ein eingelautes Schreiben des deutschen Bürgerblocks, in dem erklärt wurde, daß diese Partei bis zur Erledigung ihrer Beschwerde bei der Starostei, an keiner weiteren Sitzung mehr teilnimmt. Die nächste Sitzung wurde darauf für Montag, den 24. angesetzt. Der nächste Zeitpunkt wird noch bekannt gegeben. — Nach dem Gesetz für Kommunalverwaltung ist die nächste Versammlung ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden Vertreter, beschlußfähig, und wird auch bei dauernder Abwesenheit des deutschen Blocks immer beschlußfähig bleiben. Dem Ausfall von 14 Stimmen, stehen nämlich die 7 Stimmen der vereinten Sozialdemokratie und die 9 Stimmen der polnischen Parteien gegenüber, plus der Stimme des Bürgermeisters gleich 17 Stimmen. Der Konflikt vom 26. August ist aus dem Zusammenhang der beiden jetzt genannten Parteien hervorgegangen und der deutsche Bürgerblock,

Börsenfurje vom 20. 10. 1927

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	{	amtlich = 8.92 zł
	1	rei	= 8.93 zł
Berlin . . .	100 zi	=	46.83 Rmt.
Kattowitz . . .	100 Rmt.	=	213.35 zł
	1 Dollar	=	8.92 zł
	100 zi	=	46.83 Rmt.

infolge des eingelegten Protestes, vorläufig aus der Gemeindevertretung ausgeschaltet und das bis auf weiteres, denn eine Entscheidung in dieser strittigen Angelegenheit dürfte nach dem bekannten Verkehrsleistungssystem der Behörden nicht so bald zu erwarten sein. Was sich noch aus der Hochzeit der beiden Parteien entwölbt wird, bleibt vorläufig abzuwarten. Jedenfalls war die Politik der freien Hand der einen sozialistischen Richtung hier vielleicht angebracht, da es möglich ist, ob das Ausschalten von 14 Gemeindevertretern für die Dauer zum Segen der Gemeinde ausliefert. Bg.

Mitgliederversammlung der D. S. A. P. Wie überall, so trat auch hier der schwache Besuch der Versammlungen in Erinnerung. Des anregende Referat des Genossen Dowoll erschädigte die Anwesenden einigermaßen für die Interessensmöglichkeit der abwesenden Genossen. Außer verschiedenen auftretenden Problemen berührte Genosse A. kurz die zukünftige Stellungnahme der Parteigenossen zu eventuellen Sejmawahlen. Allgemein verzichtete man vorläufig auf eine ausgiebige Diskussion. Den Rest des Abends füllten Aussprachen über Vereinsangelegenheiten aus. Schluss 10½ Uhr. Mit Aussicht darauf, daß wir vor entscheidenden Wendepunkten stehen, müßte diese allgemeine Versammlungsaufheit endlich aufhören. Man sieht immer wieder nur die alte Garde.

Rapporkontrolle der Reserveoffiziere. laut Art. 85 und 86 der Militärverordnung müssen sich alle Reserveoffiziere der Jahrgänge 1877, 1875, 1876, 1881, 1882, 1885, 1886, 1887, 1888, 1889, 1890, 1891, 1892, 1893, 1894, 1895 (Kategorie A und C) am 4. November, die Jahrgänge 1896, 1897, 1898, 1899, 1900, 1901, 1902 am 5. November dieses Jahres, um 9 Uhr vormittags, im alten Schülernhaus, Boguslawsz, zwecks Rapporkontrolle melden.

Berloren. Berthold Gallus, Wandstraße 27, hat seine Verkehrskarte verloren, welche im Polizeikommissariat abgegeben werden kann.

Myslowic

Mitgliederübersicht. Auf den Feldern bei Niemannshacht wurde die Frau Helene Bielski von einem Wegelagerer angegriffen; sie ergriff jedoch sofort die Flucht, worauf ihr der Mann einen Schuß nachstand, der glücklicherweise fehl ging. Der bewußtende Täter verschwand dann, nachdem er einsah, daß für ihn keine Möglichkeit mehr vorhanden, sein Vorhaben auszuführen.

Rybnik und Umgebung

Von der Charlottegrube

Schon einmal haben wir in unserer Zeitung auf den Mißstand beim Kohlenverkauf auf der „Charlottegrube“ hingewiesen und glaubten, daß dort Remetur geschaffen werde. Der Schreiberschacht, wo Kohlenbunker eingebaut waren und wo der Fuhrmann schnell an die Reihe kam, ist eingestellt worden. Auf „Charlotteschacht“ sind keine Kohlenbunker. Neben der Staubkohlenalde im Dorfe wird ein Wagggon vorgefahren und dann auf die wartenden Wagen verladen. Dazwischen werden mehrere Waggons mit Staubkohle vorgesetzt und ausgeladen. Ist der eine Wagen Kohle auf die Fuhrwerke verladen, dann müssen die anderen warten bis das Gleis leer wird und dann kommt ein zweiter Waggong mit Kohle. Um 5 Uhr und auch früher schon, stehen eine lange Reihe von Fuhrwerken und warten auf die Kohle. Die Wagen aber wird erst um sieben Uhr morgens geöffnet und um 4 Uhr nachmittags geschlossen, so daß bei dieser Mikrowelt eine große Anzahl Fuhrwerke mit leerem Wagen nach Hause fahren müssen, nachdem sie dort den ganzen Tag vergebens auf Kohle gewartet haben. Als Hohn muß man das weiter betrachten, daß man Werbeagenten auf alle Straßen hinausschickt, um die Fuhrwerke nach der „Charlottegrube“ zu lenken. Selbst sind solche Werbeagenten nach der „... überseite hinausgefahren, um dort die Fuhrwerke nach der „Charlottegrube“ zum Einfahren zu werben. Die Grenze wird aber für den Verkehr erst sieben Uhr morgens geöffnet und um fünf Uhr nachmittags geschlossen. Einige wagten sich nach der „Charlottegrube“, um Kohle zu kaufen, aber zu ihrem großen Erstaunen müssen sie die Wahrnehmung machen, daß, obwohl sie dort den ganzen Tag gestanden haben, dennoch mit leerem Wagen umkehren müssen. An der Grube gibt es keine Warteplätze, wo sich die wartenden Fuhrwerksleute heimlich Regenwetter oder großer Kälte aufzuhalten könnten. Man will recht viel Kohle verkaufen, aber für eine Einrichtung zur raschen Abwiegung des Absatzes wird gar nicht gesorgt. Und solche Zustände findet man in Ordnung. Bei den Kohlenverhandlungen klagen die Herren Direktoren und Generaldirektoren über schlechten Kohlenabsatz und zwar zu Unrecht, denn man könnte viel mehr Kohle verkaufen, wenn man nur dafür sorgen wollte. Nach dem Ausland gibt man Kohle für billiges Geld ab und an dessen Stelle schraubt man die Kohlenpreise im Inlande doppelt so hoch und dabei müssen die Leute stundenlang und sogar tagelang auf Kohle warten, wie das auf der „Charlottegrube“ der Fall ist. Wenn man die deutschfeindlichen Leute entlassen will, dann ist man sehr schnell dabei, da helfen sogar die Herren Betriebsräte wie Kochan und Włoczek dabei, aber um auf der Recke den Kohlenverkauf zu regeln, denkt kein Mensch daran. Man betreibt mehr Politik als Kohlenwirtschaft. Man will die deutschen Beamten restlos verdrängen lassen, um dann erst recht eine „polnische Wirtschaft“ betreiben zu können.

Plesz und Umgebung

Ein neugeborenes Kind ausgesetzt. Auf dem Pleszser Friedhof wurde ein neugeborenes Kind aufgefunden und dem Wasserhause zugeführt. Nach der Mutter sind die Ermittlungen aufgenommen worden.

Jubiläum der Oktober-Revolution

Rylow über „Sowjetdemokratie“. — Nebeneinander von Kapitalismus und Sozialismus. — Wiederaufbaubilanz.

Auf der Feststaltung des Zentralkomitees schiede Rylow in einer zweistündigen Rede die äußere und innere Lage der Sowjetunion und verlas das Manifest, das immer neuem Beifall in dem dichtgefüllten Saale des Laurischen Palais auslöste. Rylow führte u. a. aus: Die Oktoberrevolution bedeutet den Beginn einer neuen Ära der Menschheitsgeschichte. Noch nie da gewesene Zusammenstöße mit den Klassen, deren Tragweite weder Raum noch Zeit begrenzt, zeichnen sich in der Oktoberrevolution ab. Das zehnjährige Bestehen der Sowjetunion trog der unerhört schwierigen Verhältnisse, trotz der inneren technischen und kulturellen Rückständigkeit, trotz der Einkreisung durch das feindliche Ausland, betrügt der ganze Welt gegenüber die Reise der proletarischen Revolution. Der ausschlaggebende qualitative Unterschied der Sowjetdemokratie und der bürgerlichen Demokratie besteht in der unmittelbaren führenden Beteiligung der werktätigen Massen im ganzen Staat und in der Wirtschaftsverwaltung durch das System der Sowjets, die gegenwärtig 1½ Millionen Mitglieder aufweisen, wenn man die Genossenschaften, Gewerkschaften sowie verschiedene andere Körperschaften — wie z. B. die Volksbeisitzer in den Gerichten, deren Zahl mehr als 2000 beträgt, einrechnet. Die Sowjetunion ist das sozialistische Vaterland der Arbeiterklasse der gesamten Welt, ein treuer Verbündeter aller unterdrückten Völker, die um ihre Befreiung kämpfen.

Wie noch nie ist in der gegenwärtigen Epoche das Nationalinteresse der Arbeiterklasse aufs engste mit den Interessen des internationalen Kampfes der gesamten Arbeiterschaft verschlungen. Eine der hauptsächlichsten Voraussetzungen für die Festigung der internationalen proletarischen Revolution ist die Bekämpfung der Gefahr eines Krieges gegen die Sowjetunion und die Sicherung der Möglichkeit der friedlichen Entwicklung der Sowjetunion.

Die zehn Jahre nach der Oktoberrevolution zeichnen sich durch einen natürlichen Antagonismus, durch die kapitalistische Einkreisung des ersten proletarischen Staates in verschiedenen Formen, wie offene Intervention, Blockade, geheime diplomatische Intrigen, Vorbereitung eines neuen Krieges aus. Um sich die Möglichkeit eines friedlichen Aufbaus zu sichern, schlug die Sowjetunion in Genua und Haag den imperialistischen Staaten vor, sie wolle sich sozusagen auslösen. In der Hoffnung auf eine innere Krise der Sowjetmacht wollten die imperialistischen Länder das Wesen des Sowjetstaates selbst vernichten. Heute sind wir stark und bedrohlich nicht mehr, das zu zählen, was wir in Genua und Haag anboten. Je stärker wir werden, je weniger wir von den kapitalistischen Ländern abhängig sind, um so weniger werden wir ihnen zahlen. Die Hauptaufgabe der Sowjetrepublik in den letzten Jahren und auch heute ist die Sicherung der Möglichkeit eines friedlichen Aufbaus. Zum Unterschied von den bürgerlichen Staaten strebt die Sowjetunion keine Erweiterung ihres Gebietes auf Kosten anderer Völker an. Sie ist in keinem Maße an einem Kriege interessiert und daher bilden Friede und Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen in der Weltwirtschaft die Grundlage der äußeren Politik der Sowjetunion. Eine sechsjährige Ruhepause macht trotz der großen äußeren und inneren Hindernisse die Sowjetunion zu einem hervorragenden Faktor in der Weltpolitik. Sie wurde weltpolitisch vom Objekt zum Subjekt. Die innere sowie die internationale Erfahrung des Kapitalismus führte zu neuer aktiver Feindseligkeit gegen die Sowjetunion. Das gegenwärtige internationale Kräfteverhältnis macht ein Nebeneinanderbestehen des sozialistischen und kapitalistischen Systems gefüglichlich unvermeidlich. Unter den Bedingungen einer friedlichen Rivalität ist der Sieg des sozialistischen Systems gesichert. Gerade deswegen werden die Regierungen einiger kapitalistischer Länder danach trachten, den geschichtlichen Entwicklungsprozess zu vergewaltigen und Versuche eines bewaffneten Kampfes gegen die Sowjetunion unternehmen. Bedeutende Aussichten für einen erfolgreichen Ausgang des Kampfes der Sowjetunion um eine friedliche Ruhepause bestehen insofern, als nicht alle kapitalistischen Länder aus einem Kriege mit der Sowjetunion Nutzen ziehen würden. Mehrere von ihnen würden vielmehr im Falle einer bürgerlichen Restaurierung verlieren. Ein Krieg gegen die Sowjetunion würde zudem den Kapitalismus selbst gefährden, da der Beginn der sozialistischen Revolution dadurch in anderen Ländern beschleunigt werden könnte. Die Interessen mehrerer Länder führen diese vielmehr auf den Weg des Ausbaus der wirtschaftlichen Verbindung mit der Sowjetunion als den einzigen Weg, der sie vor einer Verschärfung bezw. Wiederholung wirtschaftlicher und politischer Krisen sichern kann. Wenn es heute auch nicht möglich ist, den Zeitpunkt des Ueberfalls auf die Sowjetunion vorzusehen, so kann man doch als festgestellt gelten lassen, daß die Vorbereitung eines solchen Ueberfalls im Gange ist. Die letzten Monate können als der Beginn einer Zeit der Tendenz des Abbruchs der politischen Beziehungen zur Sowjetunion betrachtet werden; dieser Abbruch wird in gewissem Umfang auch auf die Wirtschaftsbeziehungen zurück. Der auswärtige Handel der Sowjetunion zeigt keine genügende Entwicklung. Die Komplikierung der internationalen Lage macht die Arbeit auf dem Gebiet des auswärtigen Handels noch schwieriger und verantwortlicher, während zugleich die Industrialisierung der Sowjetunion einen größtmöglichen Ausbau der Beziehungen zum Auslande erfordert. Die Sowjetwirtschaft hat durch ihrer Organisierung der gesellschaftlichen Arbeit den Vorkriegsstand überschritten und im allgemeinen das Tempo des Wiederaufbaus der kapitalistischen Länder überholt. Der Index des Reallohnes ist im Jahre 1927 in der Sowjetunion um 8, in England um 4, in den Vereinigten Staaten um 3,4 Punkte gestiegen. Der relative Anteil der Arbeiterschaft an dem Nationaleinkommen betrug 29,4 Prozent gegen 24 Prozent im Jahre 1925 bei gleichzeitigem Sinken dieses Anteils in den kapitalistischen Ländern. Die Sowjetregierung hat ihre positive Wirtschaftsarbeit nicht auf der Grundlage der Vorkriegswirtschaft begonnen, sondern ein zerstüttetes, industriell zwüngelhaftes Land übernommen, welches im Kriege die ehemaligen Wirtschaftsverbindungen verlor und außerdem den Umbau in sozialwirtschaftlicher Hinsicht durchmachte. Der sechsjährige Krieg von 1914 bis 1920 kostete der Volkswirtschaft noch einer noch zu ergänzenden Berechnung 90 Milliarden Goldrubel. Hieron entfallen über 50 Milliarden auf den Bürgerkrieg, die Blockade und die Interventionen. Der Wiederaufbau vollzog sich ohne jede Hilfe von außen, die vor dem Kriege durch Investitionen ausländischen Kapitals im Betrage von Hunderten von Millionen zum Ausdruck kam.

Die Bilanz des Wiederaufbaus lautet: Die Landwirtschaft, die im Jahre 1922 fast um die Hälfte zurückgegangen war, hat heute ihr Vorkriegsniveau wieder erreicht. Die Industrie, die sich in den Jahren des Verfalls um das Fünfeinhalfte verkleinerte, ist heute weit über ihren Vorkriegszustand hinaus. Die Aufgabe ist heute nicht mehr der Wiederaufbau, sondern der Umbau der ganzen Volkswirtschaft auf einer höheren technischen Grundlage. Ein Haupthindernis besteht heute in dem Münzverhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft; für letztere reicht die vom Parasitus überkommenen Industriebasis nicht aus. Nur die Industrialisierung wird die Sowjetunion vor der Gefahr schützen, ein An-

hängsel der kapitalistischen Weltwirtschaft zu werden. Unrichtig ist die Meinung, Mittel zur Industrialisierung durch einen verstärkten Druck auf die privatkapitalistischen Elemente in der Wirtschaft der Sowjetunion heranzuführen, da ihre Wirtschaftskraft zu unbedeutend ist, um zur Industrialisierung erheblich beizutragen. Die Sowjetregierung führt unverändert eine Politik des Kampfes gegen die Reste der privatkapitalistischen Wirtschaftsformen; sie führt diesen Kampf jedoch nicht auf dem Wege administrativer Veränderung, sondern auf dem ökonomischer Überwindung. Ein Druck auf die Landwirtschaft zwecks Herbeischaffung der erforderlichen Industrialisierungsmittel würde die Kaufkraft der Bauern vermindern und damit der ganzen Volkswirtschaft schaden. Die Mittel zur Industrialisierung werden vielmehr beschafft werden, daß nicht die Entwicklung aller Zweige der Sowjetwirtschaft verlangsamt wird. Im Gegenteil, sie sollen gefördert werden. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die von der Überwölfung des Dorfes herrührt, wird um so erfolgreicher sein, je mehr die Landwirtschaft industrialisiert wird. Ein relativ leichter Überschuß an Arbeitskraft macht es jetzt möglich, die Arbeitszeit zu kürzen und die Arbeitsschichten zu vermehren. Eine der größten Errungenschaften des ersten Jahrzehnts der Sowjetunion besteht in der Möglichkeit, auf der

Grundlage einer Nationalisierung der Industrie zum Siebenstundentag überzugehen, der zum Untergang von den kapitalistischen Ländern nicht zur Ausbeutung, sondern ausschließlich zur Hebung des Wohlstandes der Arbeiterschaft eingeführt wird. Aber die ersten Aufgaben der Oktoberrevolution sind noch nicht respektabel erfüllt. Noch nicht alle Vorteile des Vergangenheit sind bezeugt: Die rechtliche Gleichheit und die Freiheit der Völker der Sowjetunion sind verwirkt, einige Nationalitäten sind jedoch noch stark kulturell und wirtschaftlich zurückgeblieben. Die weitestgehende Gleichstellung der Frau ist in der Sowjetunion verwirklicht, aber der Alltag kennt noch viele Elemente der Unterdrückung der Frau. Die Revolution hat alle Vorrechte des alten Beamtenstaats vernichtet, aber die neue Verwaltung weist noch viele alte Gesetze auf. Die Religion genießt keine staatliche Unterstützung, aber ein gewisser Teil der Bevölkerung steht noch unter ihrem Einfluß.

Das vergangene Jahrzehnt war das Goldzeitalter der Revolution, deren Hauptergebnis die Festigung der wirtschaftlichen und politischen Macht der Sowjetunion als eines sozialistischen Staates ist. Im zweiten Jahrzehnt wird die Sowjetunion gestützt auf die Errungenschaften vergangener Jahre noch viel schwierigere Aufgaben des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaues zu lösen haben, um das Ziel der Oktoberrevolution, nämlich die Organisierung einer neuen sozialistischen Gesellschaft zu erreichen.

Das Zentralkomitee beschloß einstimmig, von einer Debatte über die Rede Rylows Abstand zu nehmen.

Der Mann, der Petljura erschoss

Nach für Pogrome.

Paris, Oktober 1927.

Dienstag begann vor dem Pariser Schwurgericht eine sensationelle Verhandlung. Der Angeklagte Samuel Schwarzbard, ein kleiner jüdischer Uhrmacher, tötete am 25. Mai 1926 in Paris Simon Petljura, den ehemaligen Diktator und Regierungschef der Ukraine. Er wird nun seine Tat vor den Geschworenen zu verantworten haben.

Dieser Tage wurde das Gutachten veröffentlicht, das drei Professoren der gerichtlichen Medizin über den Geisteszustand des Angeklagten abgeben. Die Schwärzardt „ein Träumer, ein aufdringlicher und edler Idealist“ ist. Er verbrachte seine Jugend in Frankreich. Beim Ausbruch des Krieges trat er freiwillig in die französische Armee ein, wurde schwer verwundet, erhielt mehrere Auszeichnungen und nach der Beendigung des Krieges das französische Bürgerrecht. Im Jahre 1919 fuhr er in die Ukraine, um seine alte Mutter zu besuchen, dann kehrte er nach Frankreich zurück. Er hatte im Stadtviertel Menilmontant — ein kleiner Uhrmacherschäft, wo er fleißig arbeitete. Wegen seiner Bescheidenheit und Hilfsbereitschaft erfreute sich allgemeiner Beliebtheit; mehr als 1500 Bewohner des Viertels richteten am den Gerichtshof eine Petition, in der sie Schwarzbard ein glänzendes Zeugnis ausstellten.

Nach dem Zusammenbruch der westukrainischen Diktatur lebte Petljura noch eine Zeitlang in Warschau, wo er im Solde der polnischen Regierung erfolglose Verschwörungen gegen Sowjetrussland anstellte. Als diese Geldquelle versiegte, übersiedelte er nach Paris. Als er am 25. Mai 1926 über die Rue Racine ging, stellte ihn ein einfach gekleideter Mann:

„Herr Petljura?“

„Samohl.“

Zwei Schüsse fielen auf Petljura, tödlich getroffen, stürzte zusammen. Der Täter überließ den Revolver den herbeigeeilten Polizeiaugaben mit den Worten:

„Mein Name ist Samuel Schwarzbard. Ich habe diesen Mann getötet. Verhören Sie mich.“

Wie dieser friedfertige Mensch, dieser „Träumer“ dazu gelangt konnte, die tödbringende Waffe in die Hand zu nehmen, darüber versucht ein Buch Erklärung zu geben, das die authentische Beschreibung aller Pogrome enthält, die in den Jahren 1919/20, während der Diktatur Petljuras in der Westukraine von der ukrainischen Armee verübt worden sind. Der Verfasser ist Bernard Lecache, ein in Frankreich lebender jüdischer Journalist, der Titel seines Buches lautet: „Im Vorde der Pogrome. Wenn Israel stirbt... (Au pays des pogroms. Quand Israel meurt...) Die französische Liga der Menschenrechte veröffentlicht gleichzeitig eine Sonderausgabe, die außer einer großen Anzahl von Dokumenten auch das Manifest enthält, in dem die führenden Geister Frankreichs, mit Anatole France an der Spitze, im Jahre 1920 gegen die unaufhörlichen Pogrome in der Ukraine protestieren.

Während der Diktatur Petljuras sahen anfänglich auch Juden als Vertreter der jüdischen Minorität.

Sie haben sich zuerst feig benommen, endlich mußten sie aber demissionieren,

als Petljura sich weigerte, gegen die Pogrome aufzutreten. Gleichwohl wies dieser die Intervention des Vertreters des dänischen roten Kreuzes zurück.

Semmesko, der Held des Pogroms von Prostow, wurde nach einigen Tagen von Petljura befördert; er amnestierte auch einige Truppenführer, die wegen Organisierung von Pogromen verhaftet wurden.

Einer Deputation, die sich wegen der Pogrome beschwerte und die Bestrafung der Schuldigen forderte, gab Petljura folgende Antwort:

„Diese Leute sind doch der Stolz der ukrainischen Nationalarmee!“

Als im Jahre 1920 die Delegation der englischen Labour Party von Rothay die Bestrafung der Bluthunde Sejjas, Pronay und Ostenburg verlangte, antwortete er auf ähnliche Weise: „Das sind doch meine besten Offiziere!“

Petljura fertigte endlich die Deputation mit der brüsken Bemerkung ab: „Bringen Sie mich nicht in Konflikt mit meiner Armee!“ Und einem ausländischen Journalisten erklärte er später: „Die Pogrome sind zur Aufrechterhaltung der Disziplin in der Armee unbedingt notwendig.“

Samuel Schwarzbard war Augenzeuge dieser Pogrome und wußte, daß Petljura dafür in erster Reihe verantwortlich war.

Durch einen Zufall erfuhr er im Jahre 1926, daß Petljura nach Paris gefommen sei und dort lebte. Er machte aufmerksam, wo er wohnte und im welchem Gasthaus er speiste. Als Petljura am 25. Mai in dieses Restaurant ging, stellte ihn Schwarzbard.

Und nun steht der kleine jüdische Uhrmacher vor den Pariser Geschworenen als der Mörder eines Teiles des großen jüdischen Leides.

Das Verbrechen der schönen Santina

Die drei Werbungen. — Der irrsinnige Mörder.

Der reiche Francesco Callandro hatte drei Tage lang gefeiert, als er die schöne Santina d'Urso endlich zur Frau erhielt. Zweimal hatte Franco um ihre Hand angehalten, und zweimal war er abgewiesen worden. Es ging das Gerücht, die Santina hätte ihrem Vetter Giovanni d'Urso die Treue, der vor zwölf Monaten nach Südamerika ausgewandert war, um dort jene Reiche näher zu erwerben, die ihm daheim nicht auf leichter Weise in den Schoß fallen wollten. Seit über einem halben Jahre war keine Nachricht mehr von ihm gekommen, und vielleicht aus diesem Grunde hatte Santina die dritte Werbung angenommen.

Niemand hätte behaupten können, so schreibt die „Nachrichten“, daß die Ehe unglücklich sei, wenngleich freilich Callandro stets der gebende, Santina der nehmende Teil blieb. — Bis eines schönen Tages plötzlich Giovanni d'Urso, der Vetter aus Amerika, auffaute. Drußen hatte es ihm wenig gefallen. Die ganze Gesellschaft wußte bald Bescheid, wie es um die beiden, die sich nicht den geringsten Zwang auferlegten, stand. Und die Arbeit Fran-

cos, die in den letzten Wochen einen ungeahnten Aufschwung genommen hatte, gab ihnen zu ungestörtem Beobachten reichlich Gelegenheit. Da Calandros fast stets auf Reisen sein mußte, hatte er den Befehl, dem er auf Zureden Santinas blind vertraute, zum Lagerverwalter ernannt. War es ein Wunder, daß der Herr Verwalter sich häufig bei der Frau des Besitzers zur Berichterstattung einfand, daß diese wiederum ihn förmlich ausschreite, sich nach dem Stande der Geschäfte zu erkundigen?

Da aber die lieben Mitmenschen durchaus nicht blind waren, fehlte es bald weder an verbüllten noch an offenen Anbeutungen und selbst Drohungen. Und so beschlossen denn die beiden halben Blutes, den unbedeuenden Mann einfach aus dem Wege zu räumen, bevor ihm etwas zu Ohren kam. Zu diesem Zweck beschafften sie sich eine Portion Rattengift, die geeignet sein mußte, ein ganzes Rudel der Nagetiere in ein besseres Jenseits zu befördern. Als Franco am nächsten Tage nach Hause kam, wurde ihm unter anderem der geliebte Risotto vorgeheizt. Scharf mit Peperoni gewürzt, um den Geschmack des Giftes zu verbergen. Da er spät angelkommen war, fiel es nicht auf, daß weder Santina noch Giovanni mithielten. Sie hätten bereits gegessen, erzählten sie, tranken nur zur Gesellschaft ein Glas Wein mit.

So schmauste und trank Francesco vergnügt, wie eben ein starker Mann zu essen und zu trinken pflegt, wenn er halb verhungert ist, scherzte und lachte mit den beiden und begab sich dann zur Ruhe, die für ihn die ewige bedeutete sollte. Wer aber beobachtete das Entsezen des verbrecherischen Paars, als es am nächsten Morgen die Stimme des Toteglaubten heiter und lustig durch das Haus schallte hört!

Sie fluchten dem Apotheker, het sie sicherlich betrogen haben mußte, wurden in ihrem Vorhaben aber nicht einen Augenblick wankend. War es mit Gift nicht gegangen, mußte der Zweck eben auf andere Weise erreicht werden. Unter dem zahlreichen Gefinde Calandros befand sich ein wenig intelligenter Junge von neunzehn Jahren, der Nachtwächter des großen Lagerplatzes, auf dem seit Holz im Wert von Hunderttausenden von Liren aufgestapelt war. Dieser Mensch nahm sich Santina vor. Ein Blick nur, ein flüchtiger Kuß, und das Versprechen, nach der Tat sein werden zu wollen, machten ihn zum willenslohen Werkzeug der beiden, die ihn nun in ihren teuflischen Plan einweihen. Und da die Möglichkeit bestand, daß jemand den vertrauensvollen Chemann über die Beziehungen Santinas und Giovannis vorzeitig aufkläre, sollte Carlo Ciappa unverzüglich handeln.

Am nächsten Morgen schon meldete der Junge, in der Nacht hätte dem Lagerplatz einen Besuch abgestattet und gerade das beste Holz weggeschleppt. Keine Spur wies auf die Täter, nirgends fand sich auch nur der geringste Anhalt. Als sich dann die nächste und übernächste Nacht der Diebstahl, vergroßert noch, wiederholte, wuchs der Ingramm Francescos maslos. Er begrüßte es daher mit Freuden, als ihm Santina vorschlug, doch selbst die Wache zu übernehmen. Ihm, dem erfahrenen Jäger, würden die Verbrecher nicht entgehen.

Die Nacht war bereits vorgeschritten, als Franco das Gewehr aus dem Schranken nahm und sich mit Carlo auf den Weg machte. Sorgfältig suchte er das Versteck auf, von dem aus er den ganzen Platz überblicken konnte, machte es sich behaglich und wartete. Zum Abendbrot hatten sie besonders reichlich dem schweren „Roten“ aus dem eigenen Weinberge zugesprochen, und da es blühte zu werden begann, kam ihm der schwere Kognak, den ihm Santina mitgegeben hatte, eben recht. Durchbar schwer war er, und eigentlich bitter schmeckte er. Unwiderrücklich kam es über ihn, kaum noch konnte er die Augen offen halten. So gab er Carlo das Gewehr, schaute ihm ein, gut aufzupassen und genau hinzuhalten. Möchten Sie einen Denkjetzt erhalten, diese Molandrini, die ihm kein Gut zu rauben lassen.

Behaglich legte er sich zurecht, und noch wenigen Minuten schon schliefte er. Der Mond warf sein bleiches Licht auf den Schläfer und auf den Jungen, der schau unverhüllt, sich nach einer Weile erhob, die Mündung der Jagdschlange an die Brust seines Herrn setzte — abdrückte. Ein Stöhnen nur stieß er aus, ein leises, gurgelndes Röcheln, dann streckte sich der Körper, blieb regungslos.

Einen Augenblick starnte der Mörder, das dauchende Gewehr in der Hand, auf das Gesicht des Toten, das hell vom Monde

leuchtet war. Sah plötzlich, wie dessen Augen sich zu öffnen schienen, ihn drohend anblitzen. Und machte kehrt, hüpfte davon. Brüllend, weinend lief er ohne Aufenthalts bis zu der Hütte, in der der Karabinierposten untergebracht ist. Hämerte mit den Fäusten an der Tür, jammerte ununterbrochen, der Tote verfolgte ihn, bis sie, die Wahrheit ahnend, in festnahmen. Ihn, Giovanni und die schöne Santina, über die das Gericht in den nächsten Tagen urteilen wird.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250

Breslau Welle 322,6

Allgemeine Tagessitzung:

11.15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.15—12.55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12.55: Rauener Zeitzeichen. 13.30: Zeitanlage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13.45—14.45: Konzert auf Schallplatten. 15.30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressemeldungen. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitanlage, Wetterbericht, neueste Pressemeldungen und Sportfundstunden.

Freitag, den 21. Oktober 1927: 16—16.30: Abt. Schulrundfunk. — 16.30—18: Unterhaltungskonzert. — 18: Stunde und Wochenschau des Schlesischen Hausfrauenbundes Breslau. — 19—19.30: Übertragung aus Gleiwitz: Abt. Heimatkunde. — 19.30—20: Stunde der Deutschen Reichspost. — 20.15: „Untermarie.“ — 22.15: Zehn Minuten Esperanto.

Worjau — Welle 1111.

Freitag, 12: Wie vor. 16.40: Vorträge. 17.45: Konzert. 19.30: Vorträge. 20.15: Symphoniekonzert. 22: Zeitsignal, Berichte.

Posen — Welle 280,4.

Freitag, 12.45: Militärfonkonzert. 13: Berichte. 17.45: Konzert. 19.10: Vortrag. 19.50: Radiotechnische Plauderei. 20.15: Symphoniekonzert.

Bern, Welle 411 — Basel, Welle 1100.

Freitag, 16: Nachmittagsfonkonzert. 16.45: Hausratentwirbelstunde. 19.30: Schweizerwoche-Wend. 21.20: Orchester.

Wien — Welle 517,2 und 577.

Graz 357,1. — Klagenfurt 272,7. — Innsbruck 294,1 (versuchsw.).

Freitag, 11: Vormittagsmusik. 16.15: Nachmittagskonzert. 17.45: Musikalische Kinderstunde. 18.15: Wochenschau für Fremdenverkehr. 18.30: König Dachstein. 19.30: Kraftfahrtwesen. 20.30: Kleist-Fest.

Rom — Welle 450.

Freitag, 20.40: Vokal- und Instrumentalkonzert. Unterbrechung: Eine Komödie. Wochenschau. Anderes Programm: Wie Montag.

Mailand — Welle 315,8.

Freitag, 20.45: Zeitzeichen. Bertarelli, Wissenschaftliche Unterhaltung. 21: Verschiedenartiges Konzert. Unterbrechung: Stefan-Nachrichten. 23: Tanzmusik. And. Programm: Wie Montag.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

An sämtliche Ortsgruppen!

Am Sonnabend, den 22. Oktober 1927, abends 7½ Uhr, pünktlich, findet im Zentralhotel, Katowice, Zimmer 15, die Eröffnungsvorlesung des Kurses „Die Geschichte der Volkswirtschaft“ statt. Sämtliche Genossen, denen daran liegt, etwas zu lernen, sind eingeladen.

Katowice. Dienstag, den 25. Oktober 1927, abends 7½ Uhr, Lichtbildvortrag „Im Fluge durch die Welt“. Vortragender: Genosse Birghorn.

Zawodzie. Am Sonntag, den 23. Oktober d. Js., findet die Eröffnungsfeier unter Mitwirkung der „Freien Sänger“ und der erste Vortrag um 2½ Uhr nachmittags im Strzyżynaschen Lokale (Cygán) statt, und zwar: „Genossenschaftsbewegung und Klassenkampf“. Referent: Genosse Wald. Vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder der Gewerkschaften, Partei und ihrer Angehörigen erwünscht.

Schwientochlowiz. Am Freitag, den 21. Oktober, findet der erste Vortrag vom Bund für Arbeiterbildung um 7½ Uhr abends, im Lokal des Herrn Scholtysses, Langestr. 17, statt. Vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder der Gewerkschaften, Partei und der Kulturrvereine wird erwünscht.

Friedenshütte. Am Donnerstag, den 20. Oktober 1927, abends um 7½ Uhr, findet im Postrachischen Lokal der fällige Vortragsabend statt. Referent: Genosse Kowoll.

Thema wird am Vortragsabend bekannt gegeben.

Versammlungskalender

Kattowitz. (D. M. B.) Am Sonntag, den 23. Oktober 1927, vormittags 10 Uhr, findet im Zentralhotel, Katowic, eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Referat des Kollegen Kandziora über: „Die Verschmelzung der Krankenkassen“. 2. Verschiedenes. Vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder wird bestimmt erwartet.

Domb-Josefsdorf. Sonntag, den 23. Oktober, vormittags 9.30 Uhr, findet in Agnesbüttle (Gosnowski) eine Parteiversammlung der D. S. A. P. und der freien Gewerkschaften statt. Pflicht eines jeden Genossen und Kollegen ist es, zu der selben recht zahlreich zu erscheinen. Referent: Sejmabgeordneter Gen. Kowoll.

Bismarckhütte. Donnerstag abends 7.30 Uhr findet im Metallarbeiterbüro eine Parteiversammlung der D. S. A. P. statt. Zahlreiches Erscheinen ist daher sehr erwünscht. Referent: Genosse Małek.

Königshütte. (D. S. A. P.) Am Dienstag, den 25. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Dom Ludown die fällige Mitgliederversammlung statt. Als Referent erscheint Genosse Dr. Wolff. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen unabdingt erforderlich.

Königshütte. (Arbeiter-Gesang-Verein „Vorwärts“.) Am Freitag, den 21. Oktober 1927, hält obiger Verein im Vereinszimmer seine Gesangstunde ab.

Königshütte. (Vorstand der D. S. A. P. und Arbeiter-Wohlfahrt.) Am Sonnabend, den 22. d. Ms., abends 7½ Uhr, Vorstandssitzung im Volkshaus, Vereinszimmer. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollzähliges Erscheinen der Vorstandsmitglieder notwendig.

Kostuchna. (Freie Sänger!) Die Übungsstunde am Donnerstag fällt aus. Nächste Probe Sonnabend um 7 Uhr

Vermischte Nachrichten

Appetitlosigkeit.

Aufzur Beginn der Schlacht feuerte der Kardinal die päpstlichen Truppen mit einer schönen Rede an. Er versprach jedem, der fallen sollte, Nachlass aller Sünden, und um den Heldentod noch schmachhafter zu machen, sagte er, die Gefallenen werden sich alle mit den Engeln an eine wohlbesetzte Tafel setzen und schmälen und trinken. Als die Rede beendet war und der Kardinal Ansprachen machte, sich weit vom Schuß zurückzuziehen, kniete einer der nächststehenden Soldaten nieder und bat um einen persönlichen Segen, den er auch bereitwillig erhielt. Als er wieder aufgestanden war, sagte er: Ehrenwürdiger Vater, warum willst du nicht mitkommen und teilhaben an der Tafel der Engel? Der Kardinal antwortete: Ich bin gewöhnt, später zu speisen. Um diese Tageszeit habe ich noch keinen Appetit.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król Huta; für den Verstanzteil: Anton Rytter, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse“, Sp. z ogr. odp., Katowice; Druck: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.

KANOLD SAHNENBONBONS

von unübertrefflicher Güte

Zu haben in Zuckerwaren-Handlungen

General-Vertreter Ignacy Spira
Kraków, Poselska 22.



DRUCKSACHEN FÜR DEN GESCHÄFTSVERKEHR

Rechnungen, Quittungen, Briefbogen, Postkarten, Koverts, Kassablocks, Formulare fertigt in kürzester Frist

„VITA“ NAKŁAD DRUKARSKI
KATOWICE, ULICA KOŚCIUSZKI 29 - TELEFON 2097

Glänzend ist das Resultat,
Geldersparnis keine Mühe.
Wer Erdal im Hause hat
spart schon zeitig in der Frühe.

Erdal

Nervöse, Neurastheniker
die an Reizbarkeit, Willensschwäche, Energielosigkeit,
trüber Stimmung, Lebensüberdrug, Schlaflosigkeit,
Kopfschmerzen, Angst- u. Zwangszuständen
Hypochondrie, nervösen Herz- und Magenbeschwerden
leiden, erhalten kostenfreie Broschüre von
Dr. Gebhard & Co., Danzig Am Leegen Tor 15.



Von Rheuma, Gicht
Kopfschmerzen, Ischias
und Herzenschuh

sowie auch von Schmerzen in den Gelenken und Gliedern, Influenza, Grippe und Nervenschmerzen befreit man sich durch das hervorragend bewährte Rogal. Die Rogal-Tabletten scheiden die Harnsäure aus und gehen direkt zur Wurzel des Übels. Rogal wird von vielen Ärzten und Kliniken in Europa empfohlen. Es hinterläßt keine schädlichen Nebenwirkungen. Die Schmerzen werden sofort behoben und auch bei Schlaflosigkeit wirkt Rogal vorzüglich. In all. Apoth.

Best. 64% Acid. acat. 3 salic. 0,4% Chinin, 12% Amyl. Vitrum ad 100.

Werbet ständig neue Abonnenten für unsere Zeitung!